

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 1.50 Mark, für das übrige Ausland 2.00 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Berichterstattungen und werbliche Anzeigen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zählige Zeitgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer werden bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Freitag, den 11. Juni 1915. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Hefrige Kämpfe am Dnjestr.

## Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 10. Juni 1915. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe bei Souchez und Neuville dauern an. Nordwestlich von Souchez wurden alle Angriffsversuche der Franzosen im Keime erstickt. Westlich von Souchez in der Gegend der Zuckersfabrik erlangten die Franzosen kleine Vorteile.

Feindliche Angriffe gegen unsere Stellungen nördlich von Neuville brachen zusammen. Im Grabenkampf südlich von Neuville behielten wir die Oberhand. Ein feindlicher Vorstoß südöstlich von Hebuterne scheiterte. Im Verlauf der letzten Kämpfe wurden dort etwa 200 Franzosen von uns gefangen.

In der Champagne setzten wir uns nach erfolgreichen Sprengungen in Gegend Souain und nördlich von Hurlus in Besitz mehrerer feindlicher Gräben. Gleichzeitig wurden nördlich von Le Mesnil die französischen Stellungen in Breite von etwa 200 Meter erstürmt und gegen nächtliche Gegenangriffe behauptet; ein Maschinengewehr und vier Minenwerfer fielen dabei in unsere Hand.

Im Westteil des Priesterwaldes blieb ein Grabenstück unserer vordersten Stellung im Besitz des Gegners.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich Szawle setzten die Russen gestern unserm Vorgehen lebhaften Widerstand entgegen; es wurden nur kleinere Fortschritte gemacht. Die Beute der beiden letzten Tage betrug hier 2250 Gefangene und 2 Maschinengewehre.

Gegen unsere Umfassungsbewegung östlich der Dubissa setzten der Gegner aus nordöstlicher Richtung Verstärkungen an. Vor dieser Bedrohung wurde unser Flügel vom Feinde unbelästigt in die Linie Bethgola-Joginie zurückgenommen.

Südlich des Njemen nahmen wir bei den Angriffen und der Verfolgung seit dem 6. Juni 3020 Russen gefangen. Ferner erbeuteten wir 2 Fahnen, 12 Maschinengewehre, viele Feldküchen und Fahrzeuge.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Ostlich Przemysl ist die Lage unverändert.

Aus der Gegend von Mikolajow-Rohatyn (südlich und südöstlich von Lemberg) sind neue russische Kräfte nach Süden vorgegangen. Ihr Angriff wird von Teilen der Armee des Generals von Einsingen in Linie Litynia (nordöstlich Drohobycz) bis Dnjestr-Abschnitt bei Jurawno abgewehrt.

Ostlich von Stanislaw und bei Halicz sind die Verfolgungskämpfe noch im Gange.

Oberste Heeresleitung.

## Die finanziellen Folgen des Krieges in Frankreich.

Aufang Juni forderte Ribot einen neuen Kriegsfredit von 500 Millionen Franken für die Monate Juli, August und September. Die Ausgaben Frankreichs seit dem 1. August bis Juli belaufen sich für den Krieg auf 16,2 Milliarden Franken, für die Staatsschuld auf 1,43 Milliarden, für Lieferungen der Kollaborierenden auf 2,32 Milliarden und für den Ankauf von Nahrungsmitteln für die Zivilbevölkerung auf 1,92 Milliarden Franken. Die in dieser Zeit angenommene neue Schuld beträgt 12,32 Milliarden Franken, wovon auf die Voranschüsse der Bank 5,25 Milliarden kommen.

Ribot konstatiert dabei, daß es in der letzten Zeit leichter geworden ist, Staatsanleihen ins Publikum zu bringen. Er führt dies auf die Zunahme des Vertrauens des Kapitalistenpublikums zurück, in der Hauptsache aber erklärt sich dies aus dem Anwachsen des durch den Krieg selbst geschaffenen Kapitals.

Wie dem aber auch sei, die Ausgaben Frankreichs infolge des Krieges werden bis Anfang Oktober auf mindestens 22-23 Milliarden anwachsen. Das übersteigt alle Vermutungen, die früher über die Kriegsausgaben Frankreichs gemacht worden sind. Die unmittelbaren Kriegsausgaben allein werden schon rund 20 Milliarden erreichen; dazu kommen noch die ungeheuerlich ansehenden Kosten der Staatsschuld, die im ersten Halbjahre 1915 1367,3 Millionen verschlangen.

Sollte also der Krieg wirklich bis Oktober dauern, so wird die französische Staatsschuld um mindestens 25-30 Milliarden erhöht werden müssen. Vor dem Kriege belief sich die Gesamtschuld Frankreichs auf 33,1 Milliarden Frank. Im Budget 1914 waren als Jahreserfordernis dafür 1300,5 Millionen vorgesehen, wovon allerdings 340,1 Millionen für Pensionen dienten. Eine neue 30 Milliarden-Schuld, durch 5 Proz. verzinst, ergibt einen Aufwand, ohne Tilgung und Verwaltungskosten, von 1,5 Milliarden Frank. Man darf aber ruhig eine Ausgabe von mehr als zwei Milliarden rechnen. Dem erstens wird Frankreich große Summen zur Konsolidierung und Tilgung dieser Schuld und zur Deckung der Budgetdefizite im Budget einstellen müssen; dann werden auch die Pensionen infolge des Krieges unheimlich ansteigen. Wenn wir also annehmen, daß der Gesamtschuldendienst Frankreichs nach dem Kriege 3,5 Milliarden Frank erfordern würde, so ist diese Summe eher zu niedrig als zu hoch. Und trotzdem ist schon diese Summe erschreckend hoch. Man bedenke nur, daß der Gesamtertrag der Steuern und Monopole für 1914 mit 4,12 Milliarden angenommen worden war und daß der Schuldendienst davon 85 Proz. beanspruchen werde.

Da der Staat in den ersten Jahren Kriegsschadigungen an die Gemeinden und Eisenbahnen zahlte sowie große Aufwände zur Wiederherstellung des zerstörten Lebens in dem Kriegsgebiete machen muß, so steigen die durch den Krieg verursachten Ausgaben auf mindestens 2,7-3 Milliarden Frank an. Mit anderen Worten: Frankreich müßte seine Einnahmen um 65 bis 70 Proz. erhöhen, selbst wenn die Rüftungsausgaben nur auf der früheren Höhe bleiben sollen. Ist dies möglich?

Wir machen wiederum darauf aufmerksam, daß das französische Wirtschaftsleben unter den Einwirkungen des Krieges stark gelitten hat. Von den 70 Milliarden, die die französischen Kapitalisten vor dem Kriege im Ausland hatten, werden wohl inzwischen mehrere Milliarden entweder vollkommen entwertet oder während des Krieges abgestoßen sein. Das gesamte Vermögen Frankreichs wurde vor dem Kriege auf rund 200 Milliarden geschätzt. Ein großer Teil davon ist durch den Krieg vernichtet, wohl 1/3-1/2. Denn die unmittelbaren Kriegskosten allein verschlingen schon 1/2 des Vermögens. Dazu kommen aber die noch viel bedeutenderen indirekten Kosten und Schäden des Krieges hinzu. Selbst aber wenn man das nach dem Kriege übrig gebliebene Vermögen mit 20 Milliarden schätzt, würde es bei einer sehr hoch geschätzten Rente von 10 Proz. nur 2 Milliarden, wahrscheinlich aber bloß 20 Milliarden als jährlichen Ertrag einbringen. Eine neue Steuer auf diesen Ertrag von 3 Milliarden würde davon 12-15 Proz. ausmachen und zusammen mit den früheren Steuern gar rund 30-35 Proz. des Gesamtertrages verschlingen.

Natürlich werden nicht die besitzenden Klassen es sein, die die Hauptlast der neuen Steuern zu tragen haben werden. Unsere Berechnung zeigt aber, welche ungeheuerliche Belastung der Volkswirtschaft die neuen Steuern mit sich bringen werden. Selbst wenn wir annehmen, daß die Lohnsumme ebenfalls 20 Milliarden beträgt, was

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 10. Juni. (W. Z. B.) Amtlich wird verkündet, 10. Juni 1915 mittags:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe am oberen Dnjestr im Raume zwischen Dnjestr und Pruth dauern fort. Die Armee Pflanzer-Baltin gewinnt weiter Raum nach Nord. Ihre Angriffskolonnen sind unter fortwährenden Kämpfen bis Overtyn und bis auf die Höhen südlich Horodenska vorgedrungen.

Dem erfolgreichen Vorgehen der auf galizischem Boden fechtenden Teile der Armee hat sich nun auch eine Gruppe in der Bukowina angeschlossen, die gestern den Pruth überschritt und starke russische Kräfte südwestlich Rohmann zurückwarf.

Die sonstige Lage im Norden ist unverändert.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Isonzofront wurden neuerliche Uebergangsversuche des Feindes bei Plava, Gradisca und Sagrado abgewiesen.

In der Gegend von Plitisch und am Karnischeckamm östlich des Klädenpasses wird weiter gekämpft.

Auch die Artilleriegefechte im Raume der Tiroler Ostgrenze dauern fort. Ein feindlicher Angriff im Tonale-

gebiete scheiterte am Widerstande unserer tapferen Sicherungstruppen.

### Balkanriegsschauplatz.

Eines unserer Fliegergeschwader belegte gestern früh das Arsenal und die pyrotechnische Anstalt von Kragujevac erfolgreich mit Bomben. Zwei Brände wurden konstatiert. Unsere Flieger sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

## Englischer Kreuzer durch ein österreichisches U-Boot versenkt.

Wien, 10. Juni. (W. Z. B.) Unterseeboot 4, Kommandant Linienschiffsleutnant Singule, hat am 9. d. M. vormittags, dreißig Meilen westlich von San Giovanni di Medua, einen englischen Kreuzer, Lyn Liverpool, der von sechs Zerstörern geschützt fuhr, torpediert und versenkt.

Stottenkommando.

wohl übertrieben hoch sein darf, so werden dennoch die 7 Milliarden Steuern von der Gesamteinnahme des Landes von rund 10 Milliarden 17 Proz. ausmachen!

Wie soll dann Frankreich noch Ersparnisse machen! Dabei ist doch die Produktivkraft der Bevölkerung durch den Krieg außerordentlich stark geschwächt worden. Die französischen Emissionen betragen normalerweise 5 Milliarden pro Jahr. Jetzt wird der Staat das Kapital von mindestens sechs Jahren für sich in Anspruch nehmen. Folglich hört Frankreich nicht nur auf, der Bankier der Welt zu sein, sondern hat nicht einmal für die eigene Industrie Geld genug!

Frankreich befindet sich in besonders ungünstigen Verhältnissen. Aber im großen ganzen werden sich die gleichen Verhältnisse auch in allen anderen kriegsführenden Ländern einstellen. Sie alle werden finanziell völlig erschöpft dastehen.

Ein Ausweg ergibt sich aus dieser traurigen Lage: die Einschränkung der Rüstungsausgaben. Frankreich verwendet dafür jährlich 1,6 bis 2 Milliarden. Wenn es möglich wäre, diese wenigstens um eine Milliarde jährlich zu kürzen, so würde dadurch eine bedeutende Erleichterung erlangt werden. Werden aber die heutigen Staaten diesen Ausweg ergreifen? Vielleicht erklärt sich daraus zum Teil der „Militarismus“, den französische Sozialisten führen, da sie fühlen, daß der Militarismus das Land vollständig ruinieren werde. . .

So wird nicht nur Frankreich, sondern ganz Europa vor dem Dilemma stehen: finanzielle und wirtschaftliche Schäden schwerster Art oder Rüstungsbeschränkungen.

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 10. Juni. (B. L. Z.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern nachmittag: Dem gestrigen Abobericht ist nichts hinzuzufügen, außer einem Fortschritt von 100 Meter Tiefe auf einer Front von 350 Meter an den Rändern des Priesterwaldes, wo wir zwei und an einigen Stellen drei Linien deutscher Schützengräben einnahmen. Wir machten 50 Gefangene. Auf Antrag des Generals Joffre beschloß Kriegsminister Millerand, dem Unterleutnant Barneford von der englischen Armee das Kreuz der Ehrenlegion zu verleihen, als Belohnung für die glänzende Waffentat, welche er durch Zerstörung eines Beppe-lins vollbrachte. — Der gestern abend ausgegebene amtliche Bericht lautet: Im Abschnitt nördlich von Arras dauern die heftigen Artilleriekämpfe fort. Wir eroberten in der vergangenen Nacht und heute morgen Neuville-Saint-Bas, welches der Feind noch hielt. Die Gesamtheit des Dorfes ist in unserem Besitz. Wir rüdten außerdem im Innern des Häuserblocks nördlich des Dorfes vor. Im Labyrinth dauerten unsere Fortschritte besonders im Südostteil fort. Im Gebiet von Hebuterne verbreiterten wir trotz heftiger Beschießung unsere Stellungen um die Loutventfarm. Im Gebiet östlich Trachy-le-Mont an der Ornennebiérolarm mißlang ein feindlicher Gegenangriff nachts vollkommen. Wir behaupteten gänzlich das am 6. Juni gewonnene Gelände. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

### Französische Kritik an den Heeresoperationen

Paris, 9. Juni. (B. L. Z.) Im Anschluß an den gestrigen Artikel, in dem Hervé scharf tadelt, wie das französische Publikum über die Ereignisse unterrichtet wird, richtet er heute in der „Guerre sociale“ heftige Angriffe gegen die Art der französischen Militäroperationen. Hervé schreibt, die Regierung und die Heeresleitung dürften nicht glauben, daß die Nation über die Ergebnisse der militärischen Operationen seit September begeistert sei, denn die Resultate seien im Verhältnis zu den gebrachten Opfern allzu mittelmäßig. Alle Versuche, die deutschen Linien zu durchbrechen, sowohl bei Soissons und Saint Mihiel

wie in der Champagne seien erfolglos geblieben. Augenblicklich verlange man anscheinend bei Arras durchzubrechen, aber nach anfänglichem Erfolge sei auch diese Offensive stecken geblieben. Jedermann habe den Eindruck, daß es in militärischer Beziehung nicht gut gehe, und man beginne Unbehagen zu empfinden. Hervé fragt, ob etwa Munitionsmangel der Grund des Versagens der Offensive sei. Wenn dies der Fall sei, dürfe die Heeresleitung selbst nicht unter dem Vorwande, den Russen Luft zu schaffen, Hunderttausende von Menschenleben in einer nutzlosen Offensive opfern. Jedenfalls aber müsse man sich angesichts der Unmöglichkeit, irgendein Resultat zu erzielen, sagen, daß es in der Verwendung der französischen Streitkräfte irgendwo hapere. Die Heeresleitung müsse doch wissen, wo sie der Schutzbrücke, und solle auch dementsprechend handeln.

## Aufhebung des Gefangenenlagers von Casabianca.

Berlin, 10. Juni. (B. L. Z.) Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, ist nach einer Mitteilung der hiesigen amerikanischen Botschaft das Gefangenenlager von Casabianca auf der Insel Korsika aufgehoben worden. Die dort untergebrachten Zivilgefangenen sind nach Uzès (Departement Gard) übergeführt worden.

Nach einer weiteren Mitteilung der hiesigen amerikanischen Botschaft wird das Gefangenenlager in Montlouis aufgehoben werden. Von den dort untergebracht gewesenen Gefangenen sind die Zivilgefangenen sämtlich nach Uzès (Departement Gard) und die Kriegsgefangenen bis auf etwa hundert Soldaten, die anderswohin verbracht werden sollen, nach Cetta und Castres übergeführt worden.

## Die englischen Verluste in Flandern.

Im Unterhause teilte Asquith mit, die englischen Verluste an der französischen Front betragen, soweit bekannt, insgesamt an Offizieren: 8225 getötet, 6498 verletzt, 1130 vermisst; Mannschaften: 47 015 getötet, 147 482 verletzt und 52 617 vermisst.

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Meldung des russischen Generalstabes.

Petersburg, 10. Juni. (B. L. Z.) Mitteilung des Großen Generalstabes. In der Gegend von Szawle dauerten die Kämpfe am 7. und 8. Juni an. In der Richtung auf Kowno machte der Feind geringen Fortschritt in den Wäldern von Kosloworuda. Am Dnjepr warfen wir in der Nacht vom 8. Juni und am Tage feindliche Angriffe auf der Front Ugarsberg-Zydaczow erfolgreich zurück, nahmen dabei 10 Offiziere und mehr als 800 Mann gefangen und erbeuteten 5 Maschinengewehre. Links des Dnjepr dauert der Kampf mit starken feindlichen Streitkräften fort, welche den Fluß bei Juratow über schritten haben.

## Verschiebung der neuen österreichischen Landsturmaushebung.

Wien, 10. Juni. (B. L. Z.) Die günstigen Ergebnisse der letzten Musterungen, unterstützt durch die Überprüfung der bisherigen Enthebungen, ermöglichten es, den für 21. Juni 1918 in Aussicht genommenen Einberufungstermin der den Geburtsjahrgängen 1878 bis einschließlich 1886 angehörenden österreichischen Landsturmpflichtigen und bosnisch-herzegowinischen Dienstpflichtigen in Goldeng der zweiten Reserve auf den 15. Juli hinauszuschieben.

## Der italienische Krieg.

### Bericht der italienischen Heeresleitung.

Rom, 10. Juni. (B. L. Z.) Der gestern ausgegebene Bericht der obersten Heeresleitung lautet:

Reizung zur Zufriedenheit erfüllt, ohne allzu große Opfer zu kosten — das Wort immer im Sinne der schonungslosen russischen Kriegführung gedacht. Jedenfalls haben die Russen so Gelegenheit gefunden, ihrer wachsenden Mitte neue Verstärkungen zuzuführen, während sie bis in die letzten Tage hinein versuchten, durch angriffswütiges Verfahren ihrer beiden Flügel, die große Schlacht wiederherzustellen. In Südpolen haben sie den Vormarsch der verbündeten Streitkräfte einzuweisen zum Stehen gebracht, im nördlichen Galizien bei Sienawa einen östlichen Erfolg erlangt. Sie behaupten hier der Armee des Erzherzogs Franz Ferdinand gegenüber hartnäckig das westliche Ufer des San und haben bis zum 4. Juni versucht, sie weiter auf den Keinen Nebenfluß des Jeng zurückzutreiben. Es scheint allerdings, als ob sie seit dem 5. Juni auch hier nur noch gelegentliche Vorstöße wagten, während sie im wesentlichen sich auf die Verteidigung zwischen Rudnit-Lesaff — Sienawa beschränken, nur etwa noch eine Meile westlich des San und am letztgenannten Orte wohl schon wieder auf dem Ostufer. Das wäre dann freilich der Anfang vom Ende, sobald es der südlich anschließenden Armee Radenkens gelingt, nach Osten hin über die Lubazlowka und Wisnia hinaus weiter Raum zu gewinnen. Sie müßten dann auch im Norden zurück, soll der Zusammenhang der Front nicht schließlich demnach zerfallen.

Ihr linker Flügel aber ist offenbar seit dem Ende des Monat Mai mit sehr viel stärkeren Kräften zu einem ernst gedachten und groß angelegten Angriffe durch die Aufzogen und Südostgalizien gegen die Armeegruppe des Freiherren Pfanner-Salini vorgebrochen. Nachdem er schon früher den Dnjepr erneut überschritten hatte und bis zum Bruch vorgezogen war, verjagte er auch diesen Fluß wieder in seine Hand zu bekommen und dehnte zugleich die Angriffe immer weiter nach Westen hin aus. Bei Solomna, bei Delatna stehen die Russen mit großen Massen vor, um die Nacht zwischen den Heeresgruppen Linsingen und Pfanner durch Gewalttätige zu zerreißen. Der österreichische rechte Flügel hat der feindlichen Ueberlegenheit gegenüber teilweise wohl einen schweren Stand gehabt. Die Russen behaupten, den Bruch am 4. Juni zwischen Delatna (dort, wo der Fluß aus den Karpaten hinaus in die Ebene tritt) und Kolomea überschritten zu haben; die Oesterreicher geben in ihrem amtlichen Bericht über diesen Tag den Versuch zu, indem sie bemerken, daß der Gegner an den Fluß zurückgeworfen sei.

Hauptächlich wohl, um auch auf diesem Gebiete die Entwicklung des Kampfes der Entscheidung zuzutreiben, hat dann der rechte Flügel der Armee Linsingen am 3. Juni eine Habrechtsschwendung gemacht, indem er seinen bis dahin auf den Dnjepr gerichteten Vormarsch unterbrach und den unteren Strich in östlicher Richtung überschritt. Er hätte sich übrigens keineswegs mehr rechts ziehen müssen, um den links anschließenden Oesterreichern Platz zu machen, die über Drohobitz an den großen Dnjeprstrom östlich Sambor gelangten und dort keinen genügenden Entwicklungstrom fanden. Linsingen warf nun in den folgenden Tagen die Russen auf und über die Linie Kowica-Kaluzj-Tomaszowce zurück und bedroht bereits empfindlich die rückwärtigen Verbindungen des russischen linken Flügels. Die Armeegruppe Pfanner-Salini scheint durch

An der Grenze von Tirol und im Trentino dauert unsere Offensive gegen die Stellungen, die besetzt werden müssen, damit der Feind veranlaßt wird, seine Defensivvorbereitungen aufzugeben und damit die Entwicklung weiterer Operationen ermöglicht wird, fort. Obwohl unsere Truppen vom Feind lebhaft behindert wurden, näherten sie sich doch jenseits der Grenze dem zwischen Hochtalern gelegenen Falzaregattel. Etwa zehn Kilometer vom Pässe von Cortina d'Ampezzo fand ein siegreicher Kampf statt. Ein Geschütz und Munition blieben in unseren Händen. In der Nähe von Monte Croce Carnico wurde seit mehreren Tagen um den Besitz der wichtigen österreichischen Stellung auf dem Freifasel gekämpft, die die Oesterreicher hartnäckig verteidigten. Am Abend des 8. Juni bemächtigten sich unsere Alpinen endgültig derselben und machten dabei etwa hundert Gefangene.

Längs der Linie am Ssonzo dauerten am 7. und 8. Juni die Operationen fort, die darauf abzielten, den Feind aus den beherrschenden Stellungen zu vertreiben, die er auf dem rechten Ssonzoufer noch besetzt hält, und feste Brückenköpfe zu errichten. Der Feind setzt erbitterten Widerstand entgegen, der durch die Bedingungen des Geländes sehr begünstigt wird. Das Gelände ist durch Kunstbauten sehr stark gemacht worden und infolge der Zerstörung zahlreicher Brücken und Straßen und wegen der Ueber-schwemmungen am Unterlauf des Flusses schwierig zu durch-ziehen. Unsere Truppen kämpften überall mit Schwung und Energie und eroberten dabei wichtige Stellungen. Wir besetzten die Stadt Ronfalcone. Das Feuer unserer Batterien beschädigte sichtlich mehrere Artilleriestellungen des Feindes. In dem schwierigen Gelände des Monte Nero führte uns ein glücklicher Angriff zur Besetzung einer Stellung, aus der die Oesterreicher flohen. Sie ließen etwa 100 Tote, die von uns begraben wurden, und 60 Verwundete zurück. Bei Karreit stellten sich 70 bosnische Deserteure als Gefangene. In einem anderen Abschnitt längs des Ssonzo machten wir insgesamt über 400 Gefangene. Unsere Verluste sind nicht ernst. Die Gefangenen versichern, daß die österreichischen Verluste beträchtlich sind. Cadorna.

## Der türkische Krieg.

### Türkischer Bericht von der Dardanellenfront.

Konstantinopel, 9. Juni. (B. L. Z.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Dardanellenfront bei Ari Burnu schlugen wir in der Nacht vom 7. zum 8. Juni zwei feindliche Angriffe gegen unseren rechten Flügel leicht zurück und brachten dem Feinde große Verluste bei. Gestern anhaltendes schwaches Artillerie- und Infanteriegefecht mit Unterbrechungen. — An den anderen Fronten nichts von Bedeutung.

Konstantinopel, 10. Juni. (B. L. Z.) Bericht des Großen Hauptquartiers. Gestern ist auf der Dardanellenfront keine bedeutende Veränderung eingetreten. Unsere anatolischen Batterien beschossen erfolgreich bei Sedd ül Bahr die feindliche Infanterie sowie die feindlichen Artilleriestellungen und brachten eine Haubitzenbatterie zum Schwelgen. Die Verluste des Feindes während der letzten Schlacht vor Sedd ül Bahr beliefert man auf mehr als 15 000. Der Feind hat einen großen Teil seiner Toten noch nicht beschaffen können, sondern sie bei unserem Gegenangriff, der ihn in seine alten Stellungen zurückwarf, auf dem Schlachtfelde gelassen. Von den übrigen Kriegsschauplätzen ist nichts zu melden.

## Der Seekrieg.

### Vom U-Bootskriege.

Amsterdam, 10. Juni. (B. L. Z.) Aus Maasvluis wird gemeldet: Der niederländische Dampfer „Gelderland“, der aus Siam angekommen ist, hatte die Besatzungen zweier englischer Fischereifahrzeuge an Bord, welche 50 Meilen west-

diesen Pflanzenstich Pflanzens Lust bekommen zu haben und seit dem 8. Juni auch ihrerseits wieder zum Angriffe angetrieben zu sein. Gleichzeitig aber hat die deutsche Südarmer weiter links bei Jurawa bereits das nördliche Dnjeprufer gewonnen. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß zwischen den Heeren v. Radenkens, das von Westen, und v. Linsingen, das von Süden auf Vemberg vorrückt, ein Wechselspiel besteht. Quers wurden die Russen von der linken Seite der Anstiegs gewandt, die sie vom Dunajec bis über den San zurückdrückte und der großen Südfront der Verbündeten an den Karpaten Lust machte. Nun greift diese an und bedroht die Verteidigung des San-Abchnittes.

Wir werden dem Gange der Dinge in den nächsten Tagen mit einiger Spannung entgegensehen dürfen. Das eine scheint sicher zu sein: Massen mögen die Russen noch immer wieder nachschieben können; aber deren Widerstandsfähigkeit und deren Kampflust läßt augenscheinlich in immer wachsendem Maße nach. Und darum wird in Galizien wohl noch nicht eine endgültige, aber doch eine große Entscheidung in absehbarer Zeit zu erwarten sein.

Nur langsam reifen die Ereignisse auch auf dem südlichen Kriegsschauplatz. Nachdem die Italiener sich monatelang auf den Krieg vorbereiten hatten, durfte man eigentlich erwarten, daß sie nunmehr imstande seien, mit genügenden Massen an der österreichischen Grenze bereit zu haben. Seit ihrer Kriegserklärung hat 15 Tage verfloßen. Bis jetzt hören wir immer nur von kleinen Grenzgefechten, in denen die praktisch genommen überhaupt noch nicht erreicht haben, mehrfach aber mit blühigen Köpfen heimgeschickt worden sind. Die Oesterreicher glauben in den letzten Tagen das allmähliche Heranschieben größerer Massen an die Sionzolinie, also an die Cistron Italiens, festgestellt zu haben. Irigendwelche Schlüsse dürfen daraus aber noch nicht gezogen werden. In jedem Fall müssen wir, wie gesagt, mit einer langsamen Entwidlung rechnen. Auf die Nachrichten von Westereien im italienischen Heere und unter dem Bauernstand, mit denen jetzt die Spalten unserer Zeitungen gefüllt sind, sollte man nicht allzuviel Wert legen. Solche Unlust vermag im Verlaufe eines unglücklichen Feldzuges die Moral des Heeres zu bedrohen, seine Kraft zu schwächen, jeht, im Beginn hat es wenig zu sagen. Nur eine Minderheit mag diesen Krieg wirklich mit heißem Herzen gewünscht haben; aber diese Minderheit hypnotisiert den nationalen Willen und wird mit Hilfe der Staatsgewalt über jeden Widerstand glatt hinwegschreiten. Schon mancher Krieg ist von den Massen des Volkes nur mit Widerwillen aufgenommen worden und hat dennoch zum vollen Erfolge geführt. Es ist nun einmal nicht anders. Der Erfolg selbst erweist schließlich schlummernde Begeisterung oder doch den Kauf, der ihr ähnlich sieht. Auch hier im Süden wird daher alles davon abhängen, daß gleich die ersten, größeren Erfolge sich nicht auf die Seite der Italiener neigen. Es wird aber im Laufe der nächsten acht Tage von ihnen schon hören werden, ist zweifelhaft. Möglicherweise sind sich die Italiener auch jetzt noch nicht ganz klar, wie und wo sie ihre zunächst beschränkten Kriegsmittel am wirksamsten einsetzen können. Es wäre immochin möglich, daß ihre Entscheidung ebenfalls von politischen wie von strategischen Erwägungen beeinflusst würde.

## Langsame Entwicklungen.

Von Richard Gädle.

Am Schluß meiner letzten Betrachtung bemerkte ich, daß die Erfolge der beiden deutschen Armeen östlich Jaroslaw und am Straj sowie die Erstürmung der Festung Przemysl den Anfang einer großen Entscheidung in Galizien zu bedeuten schienen. Aber immer wieder müssen wir uns daran erinnern, daß die Widerstandskraft der Heere unserer Zeit eine weit größere ist als jemals früher und daß darum alle Entscheidungen nur langsam heranreifen können. Die moralischen wie die physischen Kräfte des Angreifers werden in einem früher unerhörten Maße in Anspruch genommen, der Erfolg der furchtbaren Verluste des Angriffs wird eine immer mehr wachsende Sorge der Heeresleitung, der Nachhub des riesenhaften Verbrauchs an Schießbedarf erfordert Zeit, Transportmittel, gangbare Straßen, während für die großen Massen die Zahl guter Straßen eine immer beschränktere wird.

Darum dauert die Schlacht am San jetzt schon mehr als vierzehn Tage, und wir können das Ende noch nicht absehen. Wir müssen uns vielmehr hüten, in diesen furchtbaren Massenschlachten die Bedeutung einzelner Erfolge — und nähmen sie für sich betrachtet, unsere Phantasie noch so sehr in Anspruch — für das große Ganze zu überschätzen. Noch immer sind wir allzu rasch mit dem Worte von der Zertrümmerung feindlicher Heere bei der Hand. In diesem Westkriege ist bis zum Mai 1918 nur einmal eine Zertrümmerung eingetreten, das war durch die glänzende Waffentat Hindenburgs bei Tannenberg. Und selbst sie hatte schließlich nur eine örtliche Bedeutung und wurde durch die unerlöschlichen Hilfsmittel des Gegners rasch genug wieder ausgeglichen. Wenn man vielleicht auch von einer Zertrümmerung der Armee des Radko Dimitriew durch die Schlachten von Tarnow und Gorlice reden darf, so bildete sie doch nur einen Teil des russischen Gesamtheeres in Galizien. Dieses aber ist bisher weder zertrümmert, noch ist es auch nur durchbrochen worden. In seine harter, gepanzerte Wehr, die sich von dem Südufer der oberen Weichsel bis zur Grenze Kasanien 400 Kilometer lang hinzieht, sind von den beiden dort stehenden deutschen Heeren allerdings arge Wunden geschmälert worden; östlich der Linie Jaroslaw-Przemysl durch den Generalobersten v. Radenkens in einer Länge von 40 Kilometern; südlich des Dnjepr durch die Südarmer des Generals v. Linsingen zwischen Zydaczow und Kaluzj in etwas größerer Ausdehnung! Aber die unauflösbaren Stöße und Wälle der vordringenden Deutschen haben den engen Zusammenhang der russischen Verteidigungslinie in dem Augenblicke, wo ich diese Zeilen schreibe, vielleicht zu lockern, aber jedenfalls noch nicht zu zerreißen vermocht. Es scheint im Gegenteil, als ob die feindliche Heeresleitung das Spiel noch nicht verloren gibt, obwohl die verbündeten Zentralmächte doch bereits eine erhebliche Zahl von Etichen einnehmen haben. Przemysl hat für jene meistens wohl nur den Wert einer Nachhutstellung gehabt, die die Entwidlung der deutsch-österreichischen Mitte aufhalten und eine Zeitlang Kräfte binden sollte. Diese Aufgabe hat die

nordwestlich vom Waleweg durch ein deutsches Unterseeboot versenkt worden sind.

London, 10. Juni. (B. Z. B.) Das Reuterische Bureau meldet folgende Taten deutscher Unterseeboote: Das englische Fischereifahrzeug „Nottingham“ ist versenkt, die Besatzung gerettet worden. Das englische Fischereifahrzeug „Belocian“ ist in der Nordsee versenkt worden; die Besatzung wurde gerettet, nachdem sie 2 Stunden lang in einem Boot gewesen war. Ein deutsches Unterseeboot hat die Fischereifahrzeuge „Junian“ und „Castor“ aus Grimsby versenkt. Die Besatzungen sind gerettet. Ebenso ist das englische Fischereifahrzeug „Saturn“ versenkt worden. Die Besatzung landete in Northshields. Der Dampfer „Erna Boldt“ ist gestern früh gesunken, er war torpediert worden. Die Mannschaft landete in Harwich. Der Dampfer war früher in deutschem Besitz und war als englische Briete erklärt worden.

### Beseitigung der Ausnahmebehandlung der U-Boots-Besatzungen.

London, 10. Juni. (B. Z. B.) Meldung des Reuterischen Bureau. Im Unterhause erklärte Balfour, daß seit einigen Wochen kein nennenswerter Unterschied in der Behandlung Kriegsgefangener von U-Booten und anderer Kriegsgefangener gemacht worden sei. Er erklärte namens der Regierung, daß Maßregeln getroffen worden seien, um die Behandlung zukünftig vollständig gleich zu gestalten. Das bedeute keine Milderung der Ansichten über die Art der Handlungen, zu denen die U-Boot-Leute verwendet würden. Die Regierung sei überzeugt, daß diese Praktiken nicht nur in flagrantem Widerspruch zu den Buchstaben und dem Geiste des Kriegesrechts ständen, sondern daß sie niedrig, feig und unmenschlich seien. Angriffe auf unverteidigte Schiffe seien mehr als bloße Verletzungen der Gesetze der Menschlichkeit. Darum solle die Frage der persönlichen Verantwortlichkeit bis zum Ende des Krieges vertagt werden.

### Zum Rücktritt Bryans.

Die „Morning Post“ teilt über die Meinungsverschiedenheiten in der letzten Kabinettsitzung nach folgendem mit: Das Kabinett war einig in der Beurteilung des vom Präsidenten ausgearbeiteten Programms. Es bestand nur über die Art der Ausführung eine Verschiedenheit der Ansichten zwischen der Mehrheit des Kabinetts und dem Staatssekretär. Bryan vertrat die Meinung, es sei angebracht, Deutschland mitzuteilen, daß Amerika über das Tatsachenmaterial bezüglich des Untergangs der „Lusitania“ zu unterhandeln bereit sei, wie Deutschland es verlange. Die Mehrheit des Kabinetts aber war der Ansicht, daß Verhandlungen über die Frage, ob die „Lusitania“ bewaffnet war und Munition an Bord hatte, erst geführt werden könnten, nachdem Deutschland die Versicherungen abgegeben hätte, die der Präsident verlangte. Das kam ungefähr einem Ultimatum gleich und dazu wollte sich Bryan anscheinend nicht hergeben.

Daß übrigens die Kriegsstimmung in den Vereinigten Staaten nicht besonders stark ist, bestätigt der New Yorker Korrespondent der „Times“. Er führt in seinem Bericht Bestimmungen aus dem „New York Herald“, der „New York Tribune“ und dem „Philadelphia Public Ledger“ an, die zwar alle ziemlich kriegerisch gestimmt sind und der amerikanischen Regierung vorhalten, daß sie zu langsam und zu zögernd vorgehe. So protestiert der „Philadelphia Public Ledger“ sehr scharf gegen „das fortwährende Hinziehen der Diskussion über eine Frage, die im Augenblick genau so klar ist, wie an dem Tage, an dem die „Lusitania“ torpediert wurde“. Hierzu bemerkt aber der Korrespondent der „Times“: „Man darf solchen Meinungsäußerungen im Moment kein allzu großes Gewicht beilegen. Wenn ich nicht irre, sind sie kein Spiegelbild der allgemeinen Meinung. Während in New York, Philadelphia und anderen Städten des Ostens, worunter merkwürdigerweise auch Boston, die Zentrale des amerikanischen Pazifismus, eine ziemlich starke Partei existiert, die da meint, daß die Vereinigten Staaten, wenn nötig, den Krieg erklären müßten, liegen andererseits keinerlei Anzeichen vor, daß der übrige Teil des Landes ein kräftiges Auftreten wünscht. Im Gegenteil sind die Gefühle des Westens, wenn man nach dem Urteilen darf, was die Presse schreibt und besondere Berichte melden, durchaus friedlich zu nennen.“

### Die Mobilisierung der Arbeit im englischen Unterhaus.

London, 10. Juni. (B. Z. B.) Unterhaus. Bei der Kommissionsberatung über die Errichtung des Ministeriums für Kriegsmunition hob Dalziel (Liberal) die gestrige Versicherung des Staatssekretärs Simon hervor, daß die Verleihung einer größeren Vollmacht an den Minister über die Frage der Mobilisierung der Arbeit nicht ohne die Mitwirkung des Parlaments erledigt werden könne. Simon beantragte, den Wortlaut der Bill zu ändern, so daß nur die administrativen Kompetenzen des neuen Ministeriums durch königliche Verordnung bestimmt werden sollen. Er erklärte weiter, die Bill ermächtige nach dem neuen Text nicht ein allgemeines Register aller Personen in militärischigem Alter für Industriezwecke aufzustellen. Sherwell sagte, die Bill könne Lloyd George nicht verhindern, sein in Manchester entwickeltes Programm durch Anwendung der Gesetze über die Reichsverteidigung auszuführen, die unter seine Verwaltung seien. Anderson (Liberal) sagte, die Rede in Manchester erwecke in der ganzen Arbeiterbewegung einen sehr ersten Verdacht. Wenn der Staatssekretär des Innern die Versicherung gäbe, daß es nicht die Absicht des Kabinetts sei, die Gesetze für die Reichsverteidigung zur Einführung eines Staatszwanges zu benutzen, würde die Arbeiterpartei auf eine weitere Debatte der Bill verzichten. Generalsstaatsanwalt Carson beantragte ein Amendement zu der Bill, um den Begriff der Kriegsmunition möglichst weit zu fassen. Die Kommission nahm sodann die amendierte Bill an.

Bei der dritten Lesung der Bill sagte Booth (Liberal), die überwiegende Mehrheit der liberalen Partei werde dem neuen Minister begeisterte Unterstützung gewähren. Versuche, den Plan zu verkleinern, stellten nicht die Stimmung unter den Liberalen des Hauses dar. Es bilde sich der Kern einer kleinen Partei, die anscheinend später Schwierigkeiten machen werde, aber die liberale Seite des Hauses sei entschlossen, die Regierung zu unterstützen. Asquith dankte hierfür dem Redner und sagte, die Regierung wolle die Kritik nicht unterdrücken.

Dalziel (Liberal) begrüßte diese Erklärung. Er betonte, angeichts der besonnenen Tatsachen, die diese Bill im zehnten Kriegesmonat notwendig machten, dürfe der Minister von den Abgeordneten nicht verlangen, daß sie auf die Kritik verzichten. Das Gesetz habe die Billigung des Landes. Parkham (Liberal) sagte, im Hause bilde sich eine Partei, deren Mitgliederzahl an den Fingern einer Hand heranzuzählen sei, die aus Freunden Deutschlands beständen. Auch dieser Redner trat für das Recht der Kritik ein. Er schlug vor, die Sitzungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit abzuhalten.

### Gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

London, 10. Juni. (B. Z. B.) Die nationalistiche Partei versammelte sich gestern im Unterhause und nahm eine Resolution an, in der sie sich nachdrücklich gegen die Wehrpflicht erklärte. Die Partei fühle sich angeichts des Pressfeldzuges verpflichtet, ihre Gegnerschaft gegen die Wehrpflicht auszudrücken, und verurteile die Versuche, das Freiwilligenheer zu vernichten, als skandalös und verräterisch. Sie werde jedem Versuch, die Wehrpflicht einzuführen, energischen Widerstand entgegenzusetzen.

### Rekrutierung und Kohlenindustrie.

London, 10. Juni. (B. Z. B.) Der Staatssekretär des Innern veröffentlichte den Bericht des Organisationskomitees der Kohlenindustrie. Der Bericht besagt: Die Rekrutierung entzog der Industrie über 190 000 Arbeiter; die Folge war eine Verringerung der Produktion um 3 000 000 Tonnen oder 18 1/2 Prozent in den ersten sieben Kriegesmonaten. Die häufige Abwesenheit von Verarbeitenden der Arbeit bedeutet eine weitere Verminderung der Produktion, welche sonst um 13 bis 14 Millionen vermehrt werden könnte. Der Produktionsverlust des Jahres seit Kriegsbeginn dürfte 38 000 000 Tonnen betragen. Da jedoch die Ausfuhr um 24 000 000 Tonnen sank, würde der Nettoverlust 12 000 000 Tonnen betragen. Der Verlust wird noch größer werden, wenn die Verleute weiterhin als Rekruten eingestellt werden, wodurch auch die Lage der Industrie ernstlich beeinträchtigt werden würde. Der Bericht rät schließlich zu einer teilweisen Aufhebung des Achtstundentages, rät davon ab, mehr Frauen einzustellen und die Altersgrenze für die Jungen herabzusetzen. Er betont die Notwendigkeit, daß das Publikum mit Kohlen, Gas und elektrischem Licht sparsam umgehe.

### Der Prozeß gegen Dewet.

Brussels, 10. Juni. (B. Z. B.) (Meldung des Reuterischen Bureau.) Heute hat die Verhandlung gegen Dewet, der des Hochverrats mit der Alternativfrage des Aufstiegs angeklagt ist, begonnen. Dewet erklärte, des Hochverrats nicht schuldig, des Aufstiegs aber schuldig zu sein. Nach Vernehmung wichtiger Zeugen wurde die Verhandlung vertagt.

### Maßnahmen zur Wahrung der Neutralität Spaniens.

Madrid, 10. Juni. (B. Z. B.) Infolge der letzten Unruhen und Kundgebungen für und gegen eine Intervention, die wachsende Erregung hervorriefen, ordnete die Regierung an, daß die strengsten Maßnahmen zur Wahrung der Neutralität durchzuführen seien. Republikaner, Sozialisten und Reformpartei fordern die Aufhebung des Verbotes von politischen Versammlungen, welches von der Regierung zur Vermeidung interventionistischer und neutralistischer Kundgebungen erlassen worden war. Der Ausschuß der sozialistischen Republikaner beschloß, die schnellste Einberufung der Cortes zu fordern, um die notwendigen Maßnahmen zu erörtern.

### Verbot von Hervés „Guerre sociale“?

Zürich, 10. Juni. (B. Z. B.) Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ aus Genf meldet, wurde Hervés Blatt „Guerre sociale“ verboten.

Paris, 10. Juni. (B. Z. B.) Zur Beschlagnahme des Blattes „Guerre sociale“ wird berichtet, die Zensur habe die beiden Artikel Hervés, gegen die Art, wie das französische Publikum über die Kriegereignisse unterrichtet wird, und gegen die Kriegsführung des französischen Generalstabes beanstandet. Da Hervés trotzdem die Artikel veröffentlichte, wurden beide Nummern der „Guerre sociale“ in den Kassen und anderen Verkaufsstellen sowie in der Druckerei beschlagnahmt.

### Kriegsbekanntmachungen.

#### Beschaffung künstlicher Gliedmaßen usw.

Das Kriegsministerium teilt mit: Nicht selten erscheinen in den Zeitungen Anzeigen, in denen künstliche Gliedmaßen, Stützapparate für gebrauchsunfähige Glieder, Krücken usw. oder Geldsammlungen zur Beschaffung solcher Gegenstände für unsere Heeresangehörigen erbeten werden. Dies zeigt, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung Unkenntnis darüber herrscht, daß den herstellenden oder sonst beschädigten Heeresangehörigen alle derartigen Apparate von der Heeresverwaltung auf Reichskosten geliefert werden. Jeder Soldat, der im Dienst größere Gliedmaßen verloren hat, kann die Gewährung künstlichen Ersatzes beanspruchen, und zwar ist Vorsorge getroffen, daß nur gute und brauchbare Apparate geliefert werden, die wirklich geeignet sind, dem Träger Nutzen zu gewähren. Für Leute, die den Verlust eines oder beider oberen Gliedmaßen zu beklagen haben, können in geeigneten Fällen auch sogenannte Arbeitsprothesen beschafft werden, die an Stelle der nachgemachten Hand besondere Vorrichtungen haben, wodurch der Träger befähigt wird, seinen künstlichen Arm auch berufsmäßig zu verwenden. Bei Verlust eines Beines ist neben dem künstlichen Bein eine Ausfallsprothese zu liefern. In der Regel wird als Ausfalls ein Stützfuß gewählt, doch kann unter Berücksichtigung besonderer Verhältnisse an seiner Stelle auch ein zweites künstliches Bein, wenn auch einfacherer Art, bewilligt werden.

Bei Verlust der Augen werden künstliche Augen und bei Zahnverlust künstliche Gebisse auf Reichskosten beschafft.

Wenn Soldaten mit geheilten Amputationswunden oft längere Zeit ohne künstliche Ersatzstücke gelassen werden, so liegt das sicher daran, daß es für die Verstellten um so besser ist, je weiter die Lieferung des künstlichen Gliedes hinausgeschoben werden kann. Der Amputationsstumpf verändert sich auch nach der eigentlichen Heilung der Wunde meist noch erheblich. Ein zu früh beschafftes Ersatzstück pflegt

halb nicht mehr zu passen und seinem Besitzer nur Beschwerden, aber keinen Nutzen zu gewähren.

Aus Reichsmitteln erfolgt übrigens nicht nur die erste Beschaffung der künstlichen Glieder. Die Kriegsverstellten haben dauernd Anspruch auf spätere Ersatzbeschaffungen, Ergänzungen, Ausbesserungen usw. auf Kosten des Reichs.

Auch über die Gewährung von Brunnen- und Baderkuren herrschen in vielen Kreisen irrige Anschauungen. Von der Heeresverwaltung sind in einer großen Anzahl deutscher Kurorte Maßnahmen zur Aufnahme der Kriegsteilnehmer getroffen. Der größte Wert wird darauf gelegt, daß die Heilmittel unserer Väter und sonstiger Kurorte in weitem Umfange zum Wohle unserer Verwundeten und Kranken ausgenutzt werden. Welche Vorkehrungen in dieser Beziehung getroffen sind, ist im „Armeeverordnungs-Blatt“ bekannt gegeben, so daß die behandelnden Ärzte für jeden Heeresangehörigen, der einer Kur bedarf, den geeigneten Kurort ausfinden und die Bewilligung der Kur auf Reichskosten beantragen können. Für die nicht mehr dem Heere angehörigen, bereits als dienstunbrauchbar ausgeschiedenen Kriegsteilnehmer verfügt die Heeresverwaltung auch über eine begrenzte Zahl von freien Baderkuren, auf die allerdings kein Anspruch besteht. Hier hat es sich die Bäderabteilung des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz angelegen sein lassen, für unsere Kriegsbekämpften zu sorgen, so daß auch für alle früheren Heeresangehörigen in weitem Maße Vorsorge getroffen ist.

Aus diesen Darlegungen dürfte sich zur Genüge ergeben, daß es durchaus überflüssig ist, zum Zwecke der Beschaffung künstlicher Gliedmaßen und sonstiger Apparate für unsere Kriegsteilnehmer die öffentliche oder private Wohltätigkeit anzurufen.

### Verbot von Veröffentlichung militärischer Angelegenheiten.

Berlin, 10. Juni. (B. Z. B.) Das Oberkommando in den Marken macht aus Anlaß eines besonderen Falles erneut darauf aufmerksam, daß im Bezirk der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg Veröffentlichungen und Mitteilungen militärischer Angelegenheiten ohne Genehmigung verboten sind. Dieses Verbot, dessen Übertretung mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden kann, erstreckt sich selbstverständlich auch auf Vorträge militärischen Inhalts, die, ob öffentlich oder nichtöffentlich, stets einer Vorprüfung zu unterwerfen sind.

#### Bekanntmachung.

Berlin, 10. Juni. Auf Grund des § 5b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1861 habe ich für den Bezirk der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg bestimmt, daß Veröffentlichungen und Mitteilungen militärischer Angelegenheiten verboten sind.

Es haben dennoch Veröffentlichungen über die Gesamtverluste des deutschen Heeres und der deutschen Marine stattgefunden, die, wenn sie auch auf das amtliche, in den Verlustlisten enthaltene Material Bezug nahmen, doch nicht Anspruch auf Richtigkeit erheben konnten und zum Teil weit übertriebene Zahlen angaben.

Derartige Mitteilungen sind geeignet, grundlose Beunruhigung in der Bevölkerung hervorzurufen und auch im Auslande unrichtige Vorstellungen über die deutschen Verluste wachzurufen.

Ich verbiete daher ausdrücklich alle derartigen Veröffentlichungen ohne Unterschied.

Schwererdelikte werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr geahndet.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.  
gez.: v. Kessel,  
Generaloberst.

### Letzte Nachrichten.

#### Oesterreichisches Urteil über die italienischen Angriffe.

Wien, 10. Juni. (B. Z. B.) Aus dem Kriegsprellequartier wird gemeldet: Die Italiener können an dem südlichen Kriegsschauplatz bisher, trotzdem sie wiederholte Anstrengungen machten, um Vorteile zu erzielen, keine Erfolge aufweisen. Es ist wohl diesem, für die italienische Heeresleitung sehr peinlichen Umstände zuzuschreiben, daß in Italien bis zur Stunde keine Verlustliste herausgegeben wird, trotzdem für eine umfangreiche Verlustliste genügendes Material zur Verfügung stünde. So bedecken die Abhänge des Arn Hunderte von Leichen von Alpini, die wegen des starken Feuers noch nicht geborgen werden konnten. Die italienische Heeresleitung schweigt sich aber über alle Verluste wohlweislich aus, da sie die verhältnismäßig schon bisher ansehnliche Zahl der Toten und Verwundeten mit keinen nennenswerten Erfolgen rechtfertigen könnte.

#### Neue Aushebungen in Kanada.

London, 10. Juni. (B. Z. B.) Nach einer „Times“-Meldung aus Toronto hat der Verteidigungsminister einen Aufruf zur Erlangung von 85 000 neuen Soldaten erlassen. Das neue Kontingent soll aus 27 Infanterie-Regimenten und 6 Batterien Artillerie bestehen. Wenn es zustande gekommen ist, wird Kanada im ganzen 150 000 Soldaten aufgebracht haben. Der kanadische Premierminister beabsichtigt, diesen Sommer einen kurzen Besuch in London zu machen.

#### Amerikanisch-japanische Verständigung in Sicht.

Washington (via Kopenhagen), 10. Juni. (Z. N.) Die japanisch-amerikanischen Beziehungen sind nach einer Erklärung, die der japanische Minister des Auswärtigen laut Meldungen aus Tokio in der Budgetkommission der Kammer gegeben hat, bedeutend besser geworden. Jeder die Beseitigung der Unbequemlichkeiten in der Frage der Beschränkungen des japanischen Grundbesitzes in Kalifornien seien gegenseitig Verhandlungen in der Schwebe. — Die Gerichte, daß die japanische Regierung unter dem Druck Englands und der Vereinigten Staaten China Konzessionen gemacht habe, wurden vom Minister im Parlament offiziell dementiert.

#### Der Bürgerkrieg in Mexiko.

Paris, 10. Juni. (B. Z. B.) Der „Temps“ berichtet: Die mexikanische Gesandtschaft in Paris wurde durch ein Kabinetsgramm davon benachrichtigt, daß die Konstitutionalisten unter General Carranza nach fünfjährigen Kämpfen bei Leon die Reaktionen unter Villa besiegt haben. Die Arme Carranzas erbeutete den gesamten Train und die ganze Artillerie des Feindes. Die Reaktionen zogen sich nach Nordmexiko zurück.

# Aus der Partei.

Reinhard Bérard.

Aus Hamburg kommt die Trauerkunde, daß Reinhard Bérard, ein alter Streiter für das Proletariat und Organisator von Partei-Geschäften, ins Grab gerufen ist. Reinhard Bérard wurde am 24. Dezember 1841 in Berlin geboren. Nach vollendeter Schulzeit wurde er Schriftsetzer. Schon früh schloß er sich der Bewegung an. Mitte der siebziger Jahre wurde er Redakteur am Hamburger Parteiorgan, dem „Hamburg-Altonaer Volksblatt“.

Unter Bérards Leitung wurde das Hamburger Geschäft ein Mutterbetrieb. So Parteigenossen Druckereten gründeten, wandten sie sich in der Regel nach Hamburg, und immer war es Bérards Rat, der gerne befolgt wurde.

Bérard war auf allen Parteitagungen, seit Aufhebung des Sozialistengesetzes. Dort griff er regelmäßig dann in die Debatte ein, wenn Fragen zur Erörterung standen, zu deren Beurteilung besondere Fachkenntnisse geboten waren.

Die Hamburger Genossen ehrten Bérard auch dadurch, daß sie ihn 1907 in die Landesgesetzgebung, in die Hamburger Bürgerschaft, wählten. 1913 lehnte er im Hinblick auf sein hohes Alter eine Wiederwahl ab.

Siezig Jahre hat Bérard an hervorragender Stelle in den Reihen des kämpfenden Proletariats gestanden. Er trat in einer Zeit an diese Stelle, als hervorragende Tätigkeit nur Verfolgungen und schwere Leiden brachte. Er war besetzt von den hohen Idealen, und in dem Streben nach dem großen Ziele achtete er nicht der Leiden, die der Kampf mit sich bringt.

# Aus Industrie und Handel.

### Erhebung des Malzbestandes.

Berlin, 10. Juni. (B. L. V.) Der Bundesrat hat unter dem 17. Mai den Deutschen Brauer-Bund mit der Erhebung des Malzbestandes in Deutschland beauftragt. Die Verpflichtung, die von dem Deutschen Brauer-Bund zu diesem Zwecke aufgestellten Fragen zu beantworten, erstreckt sich

a) auf sämtliche Brauereien, b) auf sämtliche Mälzereien, c) auf alle diejenigen Händler, Speditoren und Lagerhalter, welche Malz in Verwahrung haben, und endlich auch auf alle Fabrikanten von Malzstosse, Malzgerast und ähnlichen pharmazeutischen Erzeugnissen.

Soweit Firmen der genannten Art die Vordrucke des Deutschen Brauer-Bundes nicht erhalten haben, sind sie verpflichtet, sich diese entweder von dem Deutschen Brauer-Bund in Berlin, Charlottenburg 2, Kantstr. 10, oder von ihrer Handelskammer geben zu lassen. Die Unterlassung der Anmeldung wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder einer Geldstrafe bis zu 15 000 M. bestraft.

Es ist dringend anzuraten, die Anmeldung schnellstens herbeizuführen.

### New York als Weltbankier.

Die „Times“ spricht die Befürchtung aus, daß die amerikanischen Bankiers die Gelegenheit benutzen würden, die Monopolstellung Londons als Weltbankier an sich zu reißen. Das Blatt weist auf eine Rede des New Yorker Bankiers Paul Warburg auf der panamerikanischen Konferenz in Washington am 26. Mai hin, in der er sagte, daß die Eröffnung der neuer Bundesreservebanken den Beginn der Unabhängigkeit Amerikas von London bei der Finanzierung von Verschiffungskrediten bedeute.

### Der Suezkanal im Kriege.

Die Suezkanalgesellschaft erlitt in den fünf ersten Kriegesmonaten einen Verlust von 6 1/2 Millionen Franc.

Die Lage auf dem Eisenmarkt. In der Hauptversammlung des Stahlwerksverbandes wurde über die Geschäftslage mitgeteilt:

In Halbzeug hat sich auf dem Inlandmarkt gegenüber dem Vormonat wenig geändert. Die Beschäftigung der Abnehmer hielt sich auf der bisherigen Höhe. Der Verkauf für das dritte Vierteljahr wurde heute wegen der weiter gestiegenen Selbstkosten unter einer Preisserhöhung von 5 M. per Tonne freigegeben. Der Verkehr mit dem Auslande hat durch die neuen politischen Ereignisse naturgemäß eine weitere Einschränkung erfahren.

Eisenbahnverbaumaterial: Die württembergische Staatsbahn hat ihren Gaspedar für das Rechnungsjahr 1916 aufgegeben. Er übertrifft den des Vorjahres um einige tausend Tonnen, wenn er auch hinter den Mengen der früheren Jahre etwas zurückbleibt.

Von den übrigen deutschen Staatsbahnverwaltungen stehen die Anmeldungen über den Bedarf noch aus. Aus dem neutralen Auslande konnten in der Berichtszeit wieder einige nicht unerhebliche Aufträge herbeigekommen werden. In Großbritannien war der Absatz nach dem Inlande befriedigend. Der Auslandsmarkt blieb weiter ruhig.

Formeisen: Der Inlandsabsatz an Formeisen blieb im Mai etwas hinter dem Vormonate zurück. Eine Steigerung des Auftragsverkehrs dürfte vorläufig infolge der ruhigen Lage des Baugeschäfts nicht zu erwarten sein. Die Freigabe des Verkehrs für das dritte Vierteljahr wurde heute in Rücksicht auf die weitere Steigerung der Selbstkosten mit einer Preiserhöhung von 10 Mark pro Tonne beschlossen.

Am Auslandsmarkt ist die Lage unverändert. Der Absatz nach dem Auslande war im Mai etwas höher als im April. Im übrigen weist die Lage des Auslandsmarktes keine Veränderungen gegenüber den Vormonaten auf.

# Soziales.

### Gehaltskürzung und Entlassung während des Krieges.

Die Firma Julius Brühl Sohn, Postlieferant, beschäftigte als künstlerischen Beirat eine junge Dame, die, nachdem sie monatlang für die Hälfte ihres früheren Gehalts gearbeitet hatte, entlassen wurde und nun auf Nachzahlung der Gehaltsdifferenz vor dem Gewerbegericht klagte. Die Verhandlung vor der Kammer 2 ergab folgenden Sachverhalt:

Die Klägerin war durch Vertrag mit einem Monatsgehalt von 200 Mark angestellt. Sie hatte Entwürfe für Stickereien angefertigt, die Entwürfe anderer zu prüfen beziehungsweise zu ändern und Farben für auszuführende Arbeiten zusammenzustellen. Der Krieg brachte für die Firma eine Geschäftskostung. Da die Klägerin einen Vertrag hatte, konnte man sie weder entlassen, noch ihr Gehalt kürzen. Aber sie bekam im Geschäft zu hören — von wem, ist nicht festgestellt —, daß es eine Anstandsfrist sei, in der schlechten Zeit nicht auf dem Vertrage zu bestehen, sondern die Stellung aufzugeben. Beeinflusst durch derartige Redereien kündigte die Klägerin den Vertrag zum 1. Oktober 1914. Postlieferant Brühl stellte ihr ein glänzendes Zeugnis aus. In demselben heißt es, die Klägerin habe ein außerordentliches Talent in der Zusammenstellung von Farben, sie sei auch zeichnerisch befähigt und fertige oft überaus reich eigenartige Entwürfe selbstständig an. — Ehe die Kündigungszeit abgelaufen war, überredete Herr Brühl die Klägerin, ein neues Vertragsverhältnis mit ihm zu schließen, aber nur mit einem Monatsgehalt von 100 Mark und vierwöchiger Kündigung. Die Klägerin war damit einverstanden. Sie versichert aber, sie sei das neue Vertragsverhältnis nur unter der Bedingung eingegangen, daß es für die ganze Zeit des Krieges gelte, sie also während des Krieges nicht entlassen werde. Eine solche Zusage schriftlich abzugeben, habe Herr Brühl scharf abgelehnt. Aber aus der mündlichen Verhandlung habe die Klägerin entnehmen müssen, daß sie während des Krieges nicht entlassen werde. Sie versichert, Herr Brühl habe zu ihr gesagt: „Fräulein, Sie werden es mir doch nicht antun, mein Geschäft zu verlassen, falls Sie jetzt eine bessere Stellung finden sollten.“ Darauf habe die Klägerin geantwortet: Selbstverständlich, Herr Brühl, gebe ich die Stellung bei Ihnen während des Krieges nicht auf.

Im Januar wurde die Klägerin entlassen, weil sie nach Angabe des Beklagten in ihren Leistungen nachlässig geworden sei. Bei der Entlassung stellte Herr Brühl der Klägerin ein Zeugnis aus, welches nichts weiter besagt, als daß sie die Arbeiten zur Zufriedenheit verrichtet habe. — Mit diesem Zeugnis in der Hand — sagt die Klägerin — würde sie eine ihren Fähigkeiten entsprechende Stellung nicht bekommen. — Vom Gericht auf den auffallenden Gegensatz der beiden Zeugnisse aufmerksam gemacht, meinte der Beklagte, er habe früher die Fähigkeiten der Klägerin überschätzt, das erste Zeugnis sei übertrieben. — Anschließend war es für den Beklagten eine unangenehme Ueberraschung, daß sich eine Abschrift des ersten Zeugnisses, welches die Klägerin bei Abschluß des neuen Vertrages zurückgeben mußte, bei den Akten befand.

Der Beklagte war bereit, den ihm vom Gericht auferlegten Eid zu leisten, daß er der Klägerin nicht Beschäftigung während der ganzen Kriegszeit verschaffen habe. Doch es kam nicht zum Schwur. Die Parteien nahmen den Vergleichsvorschlag des Gerichts an, wonach der Beklagte der Klägerin, die 500 M. gefordert hatte, 150 M. zahlt und ein Zeugnis ausstellt, welches mit dem ersten Zeugnis wörtlich übereinstimmt.

### Kaufmännischer Angestellter oder Gewerbegehilfe?

Diese Frage stand im Mittelpunkt eines Rechtsstreits, der vor der Kammer 2 des Gewerbegerichts verhandelt wurde. Der Kläger, ein junger Mann, welcher eine Theaterische besuchte, hatte eine Stellung für die Rechtschicht in einer Tornierfabrik angenommen. Seine Tätigkeit, die in der Beaufsichtigung von Arbeitsburichen und Kontrollierung ihrer Arbeit bestand, wurde vom Fabrikanten als die eines Expedienten bezeichnet. Deshalb hält sich der junge Mann für einen kaufmännischen Angestellten. Aber das Kaufmannsgericht, wo er eine Klage wegen unberechtigter Entlassung einreichte, erklärte ihn für einen Gewerbegehilfen und wies die Klage an das Gewerbegericht. — Der Sachverhalt der Klage ist folgender: Der Kläger hatte bei seiner Einstellung ein Schriftstück unterzeichnet, welches wie ein Vertragsformular aussieht, aber die für Enttragung der Lohnhöhe bestimmenden Lücken sind nicht ausgefüllt, jedoch ist ein die Kündigung ausschließender Passus darin enthalten. Hierauf gestützt, hat die Firma den Kläger ohne Kündigung entlassen, während der Kläger die im Handelsgesetzbuch vorgesehene Kündigungsfrist von 6 Wochen beanprucht und demzufolge 180 M.

Schadenersatz verlangt. — Der Beklagte behauptet dagegen, der Kläger sei Gewerbegehilfe, sein Anspruch sei deshalb unbegründet.

Das Gericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung der geforderten 180 M. mit der Begründung, der Kläger sei kaufmännischer Angestellter. Dafür spreche die Bezeichnung „Expedient“ sowie seine Tätigkeit, die als eine kaufmännische angesehen werden müsse. Das vom Kläger unterzeichnete Schriftstück sei kein Vertrag, und wenn es einer wäre, so würde er ungültig sein, denn bei einem kaufmännischen Angestellten dürfe die Kündigung nicht ausgeschlossen werden.

# Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 245 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- Gendarmarie-Beigabe in Eisack-Lothringen; Oberkommando des 1. Armee; Generalkommando des 30. und des 41. Reservekorps; 2. und 3. Garde-Reg. z. P.; 1. Garde-Reserve- und 1. Garde-Ersatz-Reg.; Grenadier-Regimenter Alexander, Franz und Elisabeth; Garde-Füsilier-Reg.; Garde-Schützen-Batt.; Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 1, 5, 7, 9, 11, 16, 18, 22, 26, 27, 28, 32, 33, 35, 37, 39, 45 (siehe Landw.-Inf.-Reg. Nr. 31), 45, 49, 50, 51, 52, 53, 57, 58, 59, 60, 61, 63, 67, 68, 69, 70, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 85, 86, 87, 89, 91, 94, 96, 99, 111, 113, 114, 116, 117, 118, 128, 130, 133 (siehe Inf.-Reg. Nr. 69), 137, 138, 147, 149, 156, 160, 161, 162, 165, 168, 169, 172, 174; Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 3, 5, 8, 9, 10, 11, 17, 18, 19, 20, 21 (siehe Erf.-Inf.-Reg. (Kunze), 24, 25, 30, 35, 46, 48, 49 (siehe Erf.-Inf.-Reg. (Kunze), 52, 56, 61, 64, 66, 67, 69, 70, 71, 76, 81, 87, 88, 91, 94, 99, 110, 116, 202, 203, 204, 208, 210, 215, 217, 219, 223, 225, 227, 258, 262, 269, 271, 272; Ersatz-Inf.-Regimenter Nr. 28, Königsberg 1 (siehe auch Erf.-Inf.-Reg. v. Kufbaum), v. Kufbaum und Kunze; Reserve-Ersatz-Inf.-Reg. Nr. 1; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 1, 5, 7, 9, 10 (siehe Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 9 der Landw. Div. v. Menges), 11 (siehe auch Landw.-Inf.-Reg. Buchholz), 16, 17, 18 (siehe auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 84), 20, 21, 22, 31, 30, 51 (siehe Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 7 der Landw. Div. v. Menges), 53, 65, 68, 72, 76 (siehe Ref.-Inf.-Reg. Nr. 60), 77, 84, 109, 118 und Buchholz; Landwehr-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 1 und Regimenter Nr. 7 und 9 der Landw. Div. v. Menges; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 9, 39, 43, 44, 50, 56 (siehe Erf.-Inf.-Reg. Nr. 28), 83, 86; Landwehr-Beig. Erf.-Batt. Nr. 25 (siehe Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 1); Landwehr-Inf.-Bataillone Burg, 2. Frankfurt a. M., 2. Heidelberg; Landwehr-Inf.-Ersatz-Bataillone: 3. Trossen, Tilsenburg; Jäger-Bataillone Nr. 1, 6, 11; Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 2, 5, 9, 24; Reserve-Nachbatter-Kompagnie Nr. 89; Garde-Maschinengewehr-Abt. Nr. 1; Maschinengewehr-Abt. Nr. 12 (siehe Erf.-Inf.-Reg. Königsberg 1); Reserve-Maschinengewehr-Abt. Nr. 5; Rettungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 4 (siehe Landw.-Inf.-Reg. Nr. 9), Nr. 10 (siehe Erf.-Inf.-Reg. v. Kufbaum); Feld-Maschinengewehr-Reg. Nr. 23 (siehe Ref.-Inf.-Reg. Nr. 81).

2. Garde-Dragonen; Kürassiere Nr. 2, 4; Dragoner Nr. 6 (siehe Bomb. Kav.-Reg. v. Bettendorff) und Nr. 10; Husaren Nr. 6, 7, 8; Ulanen Nr. 4; Kavallerie-Reg. v. Bettendorff; Landwehr-Reg. Nr. 2 der Landw. Div. v. Bredow.

Artillerie: Regimenter Nr. 4, 5, 7; Reserve-Regimenter Nr. 3, 11, 15, 17; Landwehr-Reg. Nr. 7; Reserve-Batt. Nr. 40; Landwehr-Batt. Nr. 6; Landsturm-Batt. Löben.

Feldartillerie: Regimenter Nr. 14, 16, 34, 44, 45, 46, 51, 58, 62, 63, 66, 67, 74, 75, 76, 80, 81, 84, 108; Reserve-Regimenter Nr. 5, 19, 20, 40, 51, 66; Ersatz-Reg. Jossen.

Pioniere: Regimenter Nr. 18, 25, 29; Bataillone II. Nr. 2, 1. Nr. 3, 1. und II. Nr. 4, 11. Nr. 5, 1. Nr. 10, 1. Nr. 14, 1. Nr. 15, 11. Nr. 16, 11. Nr. 21, 1. und II. Nr. 27, 111. Nr. 28; Ref.-Bataillone Nr. 33, 39; Erf.-Batt. Nr. 10; Ref.-Kompagnien Nr. 76, 235; 2. Landw. Komp. des 10. und 1. Landst.-Komp. des 7. Armeekorps; Rettungs-Schwimmerzug Nr. 19; Schwere Garde-Minenwerfer-Abtl.; Mittlere Minenwerfer-Abtl. Nr. 120.

Strafregiment-Abtl. des 22. Reservekorps; Kommando der Strafbatterien der 4. Armee.

Schwere Probabatterie Nr. 3 des 14. Armeekorps; Magazin-Aufwachtbatterie Nr. 7 der 9. Armee; Clappen-Baderreibatterie der 9. Armee; Clappen-Baderreibatterie Nr. 2 Lodz.

Ref.-Inf.-Munitionskolonnen Nr. 43 des 9. und Nr. 51 des 25. Reservekorps; Munitionskolonnen der 115. Inf.-Div. Garde-Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 2 des 10. Reservekorps; Sanitäts-Kompagnien Nr. 2 des 5. und Nr. 1 des 14. Armeekorps. Armierungs-Bataillone.

Die bayerische Verlustliste Nr. 189 meldet Verluste des 2., 4., 7., 9., 12., 13., 15., 18., 19., 20., 22., 23. Inf.-Reg.; 1. Jäger-Batt.; Vereingte Maschinengewehr-Jüge der Brigade-Ersatz-Bataillone 1 und 2; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 4, 7; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 4, 6, 10; Brig.-Erf.-Batt. Nr. 2; 2. Mäulen-Reg.; 3. Chevaulegers-Reg.; 5. Chevaulegers-Reg.; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 1; 1. Erf.-Feldart.-Abtl.; 3. Fuhrart.-Reg.; Ref.-Fuhrart.-Reg. Nr. 1, 2, 3; 1. und 2. Pionier-Batt.; Armeekorps-Telegraphen-Abtl.; Ref.-Schwimmerzug 19; 2. Landw.-Pionier-Komp. des 1. Armeekorps; Ref.-Munitionskolonnen-Abtl. Nr. 5; Ref.-Fuhrart.-Kol. 3 (1. Reservekorps); Sanitäts-Komp. 3 des 3. Armeekorps.

Die sächsische Verlustliste Nr. 156 veröffentlicht Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 104, 108, 177; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 103, 104, 244; Landst.-Inf.-Bataillone: 1. Dresden, Pirna, Moidan; Erf.-Bataillone: Ref.-Reg. Nr. 103; Reg. v. Arnstadt; Ref.-Reg. Nr. 100; Jäger-Batt. Nr. 12; Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 13, 25; Feldmaschinengewehr-Jüge Nr. 68, 71, 73.

Feldart.-Regimenter Nr. 33, 68, 78, 115; Ref.-Reg. Nr. 53. Die württembergische Verlustliste Nr. 187 enthält Verluste der Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 119, 120; Inf.-Reg. Nr. 126; Feldart.-Regimenter Nr. 13, 29, 49.

2. Feld-Pionier-Komp.; Pionier-Komp. Nr. 116. Die Verlustliste Nr. 33 der Kaiserlichen Marine wird veröffentlicht.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Sonnabend, den 13. Juni, vormittags 10 Uhr, in den bekannten Lokalen:
Einsetzer-Bezirks-Sitzungen.
Die Ortsverwaltung.
Deutsches Theater
Kammerspiele
„Der Weibsteufel“.
Lucio Hüllich
Klein Richard
Sonnabend letzte Vorstellung.
Rose-Theater.
8 1/2 Uhr Wie deutsche Helden sterben
Gartenbühne: Die Försterchristl.
Walhalla-Theater.
8 Uhr: Eine Meile in der Minute.
Gartenbühne: Apollo-Sänger.

Theater für Freitag, den 11. Juni.
Berliner Theater
8 Uhr: Extrablätter!
Deutsches Künstler-Theater
8 1/2 Uhr: Die Schöne vom Strand
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
8 Uhr: Iphigenie in Aulis
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
8 1/2 Uhr: Eine unmögliche Frau.
Kleines Theater
8 Uhr: Jettchen Gebert
Lessing-Theater
8 Uhr: Datterich.
Lustspielhaus
8 1/2 Uhr: Herrschaftl. Diener gesucht
Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Hoheit tanzt Walzer
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Der lächelnde Knabe
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Lumpacivagabundus
Thalia-Theater
8 Uhr: Alt-Berliner Possen-Abend: Das erste Mittagessen. Hermann und Dorothea. Guten Morgen, Herr Fischer!
Theater am Nollendorfpl.
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!
Trianon-Theater
8 1/2 Uhr: Die Heiratschule
Theater des Westens
8 Uhr: Der brave Fridolin
Theater in der Königsrätzer Straße
8 Uhr: Rausch
Volksbühne. Theater am Bülowplatz
Hierauf: Die Modalle
8 1/2 Uhr: Die Lokalbahn.

WINTERGARTEN
Guido Thielscher
„Venus im Grünen“.
Operette in 1 Akt v. Rud. Lothar.
Musik von Oskar Straus.
Mitwirkende:
Eise Berna, Lotte Werkmeister, Thalia-Theater, Berlin, Karl Bachmann, Julius Spielmann sowie der vom Publikum und Presse glänzend beurteilte Juni-Spielplan.
Voigt-Theater.
Badstr. 58.
8 1/2 Uhr: Carmen.
Großes Ausschauungsstück in 5 Bildern.
Erstklassiges Varieté
Kassensitzung 10 Uhr. Anf. 11 Uhr.

Palast
Theater am Zoo
Tägl. 8 Uhr. Sonntags 3 1/2 u. 8 Uhr
Ein Programm.
von dem Berlin spricht!
R. Steidl — H. Bender
Sämtl. Schlager neu für Berlin
Adelmann's Palmé
u. die weiteren ausserwählten Juni-Spezialitäten.
Kl. Preise. Angen. kühl. Aufenthalt.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger. Anf. 8 1/2 Uhr.
Zum Schluss:
Im Schützengraben
Mittelsch. Zeilbild von Mensch.
Militärpersonen u. deren Angehörigen nothwendigen freier Zutritt zu d. Stett. Sänger.

### Der Balkan vor der Entscheidung.

Nach wie seit dem Ausbruch des Weltkrieges hat man mit solcher Spannung und Erregung nach dem Balkan hinübergeblüht wie in den letzten Tagen. Es gab vorübergehende Perioden, wo man mit großer Spannung auf Entscheidungen in Athen, in Sofia, in Bukarest wartete. Aber erst seit dem Eintritt Italiens in den Krieg steht der ganze Balkan im Mittelpunkt des politischen Interesses, denn jetzt scheint der psychologische Moment gekommen zu sein, wo der Balkan in seiner Gesamtheit als wichtiger Faktor in den Weltkrieg eingreift.

„Das ist,“ schreibt Dr. Ernst Jaech in der imperialistischen Wochenschrift „Das größere Deutschland“, „die entscheidende Reihenfolge: Bukarest—Sofia—Athen. Das Zeichen von Bukarest bedeutet ein Signal für Sofia wie für Athen. Und damit sind bei dem Wort des Staatsmannes immer greifbarer seine Erfüllung: Die Entscheidung dieses Weltkrieges liegt in Bukarest.“ Und an einer anderen Stelle spricht er nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Faktoren von der „weltpolitischen Bedeutung jener südöstlichen Erde, die weit mehr als der französische Westen über den Ausgang des Krieges entscheiden wird“.

Durchfliegt man die politische Presse nicht bloß der kriegsführenden, sondern auch der neutralen Länder, so findet man, daß überall sämtliche Interessen zurückgetreten sind vor der alles beherrschenden Frage, wie sich der Balkan entscheiden werde. Je nach der Stellung des betreffenden Landes innerhalb oder außerhalb der miteinander ringenden Mächtegruppen erdient der Ruf an die Adresse der Balkanländer: Neutralität oder Intervention!

Denn das ist das Bezeichnende an der gegenwärtigen weltpolitischen Situation, daß die kämpfenden Mächtegruppen mit verschieden gearteten Forderungen an die Balkanstaaten herantreten. In Deutschland, Oesterreich und der Türkei rechnet unter den gegebenen Verhältnissen kaum jemand ernstlich mit der Möglichkeit eines aktiven Eingreifens der Balkanstaaten an der Seite der Zentralmächte. Deren Interessen wird schon zum Teil Genüge getan, wenn Rumänien, Bulgarien, Griechenland in ihrer Neutralität verharrten. Der Dreiverband jedoch und mit ihm Italien braucht die Intervention der Balkanstaaten, um die Verbindung zwischen Deutschland-Oesterreich und der Türkei zu sprengen und die deutsch-österreichische Front im Osten an der Planke zu bedrohen.

Unter diesem Gesichtspunkt muß die Haltung der Presse (und demnach auch der Diplomatie) in den kriegsführenden Ländern gewertet werden. Die russisch-französisch-englische Presse appelliert an die nationalen Ideale Rumäniens, Bulgariens, Griechenlands; sie beschwört die leitenden Kreise dieser Länder, den Augenblick zu nutzen, um im Südosten Europas einen Bund starker, in sich geschlossener Nationalstaaten ins Leben zu rufen; sie droht endlich, daß ein siegreicher Vierverband im Falle eines weiteren Zögerns der Balkanstaaten über deren Interessen hinwegschreiten würde. Die Presse der Zentralmächte hat demgegenüber die dankbare Aufgabe, auf die Segnungen des Friedens für die Völker der vom Kriege verschonten Balkanstaaten hinzuweisen und dem Kriegsgeschrei der Interventionisten den Appell an die wirklichen und nicht an die vermeintlichen Volksinteressen entgegenzusetzen. Aber auch sie betont in den letzten Tagen immer noch drücklicher, ein aktives Eingreifen der Balkanstaaten könnte — wie der Krieg auch ausginge — den Zentralmächten nahelegen, bei der Liquidation des Krieges über die Interessen der Balkanstaaten hinwegzuschreiten.

Daß diese Möglichkeit vorhanden ist, liegt bei der Kompliziertheit der Beziehungen der Balkanstaaten untereinander zu den europäischen Großmächten auf der Hand. In erster Linie ist da der gemeinsame Gegensatz aller Balkanstaaten zu Rußland zu nennen. Die Balkanstaaten verdanken zwar zu einem großen Teil Rußland ihre Befreiung von der türkischen Herrschaft. Aber die russische Politik war auch auf dem Balkan nie uneigennützig, vielmehr richtete sie ihr Hauptaugenmerk darauf, über den Balkan nach den Meerengen zu gelangen. Der Selbsterhaltungstrieb der Balkanstaaten, gefördert von der der russischen entgegengesetzten Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns, schuf sehr bald auf dem Balkan heftige innere Widerstände gegen ein weiteres Vordringen Rußlands. Vor allem sind es Rumänien und Bulgarien, die — mit Recht — die Festsetzung Rußlands an den Meerengen als eine Bedrohung ihrer wirtschaftlichen und politischen Existenz betrachten. Dieser Gegensatz zu Rußland macht deshalb Rumänien und Bulgarien (und zum Teil auch Griechenland) abhängig von jeder Politik, die auf die Fernhaltung Rußlands von den Meerengen abzielt. Umgekehrt werden diese Staaten in ihren Lebensinteressen bedroht von einer jeden Politik, die direkt oder indirekt Konstantinopel und die Meerengen an Rußland auszuliefern bereit ist.

Was von Rußland, gilt — wenn auch in viel bescheidenerem Maße — auch von Italien. Die Festsetzung Italiens in Dalmatien und die Verwandlung der Adria in einen italienischen Binnensee bedrohen die künftige Entwicklung Serbiens. Die Festsetzung Italiens in Albanien legt zu gleicher Zeit den Keim künftiger Konflikte zwischen Italien und Griechenland. Keine jetzt erzielte Verständigung zwischen den beteiligten Staaten kann darüber hinwegtäuschen, daß der Balkan von zwei Hegemoniebestrebungen bedroht ist: vom Osten von Rußland, vom Westen von Italien.

Zu diesen äußeren Gefahren kommen die inneren Reibungen und Gegensätze zwischen den Balkanstaaten hinzu. Das traurige Erbe der Balkankriege ist noch immer nicht liquidiert. Noch immer loht der Haß zwischen Bulgarien einerseits und Serbien-Griechenland andererseits wegen der mazedonischen Frage. Unerledigt ist noch der Streit zwischen Bulgarien und Rumänien wegen der Dobrudscha. Es werden zwar von der Dreiverbandsdiplomatie ungeheure Anstrengungen gemacht, eine Ausöhnung zwischen den Balkanstaaten auf der Basis zustandzubringen, daß Serbien Serbisch-Mazedonien, Griechenland Kosowa, Seres und Drama und Rumänien den südlichen Teil der Dobrudscha an Bulgarien abtreten sollen. Aber selbst, wenn eine solche Verständigung erzielt werden sollte, schließt das die Möglichkeit weiterer Konflikte unter den Balkanstaaten nicht aus. Denn die Tragik der Balkanverhältnisse beruht darin, daß die Beziehungen zwischen den Staaten nur nominell geregelt werden vom Rationalitätenprinzip, in Wirklichkeit aber beherrscht werden vom Grundhaß des territorialen Gleichgewichts, der die Quelle aller inneren und äußeren Komplikationen auf dem Balkan bildet und ihn seit Jahrzehnten zum Spielball der europäischen Diplomatie gemacht hat.

Seit Jahren hat die Sozialdemokratie des Balkans einen Ausweg aus diesen Wirrnissen gewiesen — die Bildung einer föderativen Balkanrepublik. Die Idee eines Balkanbundes ist von der Diplomatie aufgegriffen worden. Aber da sie, beeinflusst von den Wahnenschaften fremder Regierungen, in den Diensten der heimischen Dynastien und Cliguen gestellt wurde, brachte sie 1912

das Zerbröckeln eines Bundes zustande, der bereits 1913 zusammenbrach. Auch jetzt taucht die Idee eines Balkanbundes wieder bei den politischen Kombinationen und Erörterungen auf. Die beiden Brüder Buzton, die vor kurzem ein interessantes Buch über den Balkan veröffentlicht haben, propagieren die Idee eines neuen Balkanbundes als Mittel zur Vermeidung aller Konflikte und Schwierigkeiten im Südosten Europas, und im Einklang damit sind die Bestrebungen der Dreiverbandsdiplomatie darauf gerichtet, einen solchen Bund unter der Führung Italiens und dem Protektorat des Dreiverbandes herzustellen. Andererseits ertönt nun auch in der deutschen Presse immer häufiger die Parole: „Der Balkan den Balkanvölkern!“ wobei der Standpunkt vertreten wird, daß die russische Führung gebrochen und die Balkanstaaten in das System der Zentralmächte eingegliedert werden sollen. „Der Krieg,“ schreibt Dr. Jaech in seinem eingangs erwähnten Artikel, „soll endgültig darüber entscheiden: ob die Balkanstaaten durch Rußland von der Türkei befreit worden sind, nur um die Vorherrschaft des abgelegenen Rußlands übernehmen zu müssen, oder ob sie tatsächlich so befreit und so erstarkt sind, daß sie ein eigenes nationales Leben führen können — im natürlichen Anschluß an die näheren Zentralmächte.“ So stehen sich zwei entgegengesetzte politische Auffassungen über das System der Balkanstaaten gegenüber, Auffassungen, die von den Ideen und Idealen unserer Genossen auf dem Balkan ebenso entfernt sind, wie die Kriegsarbeit der fremden und einheimischen Diplomaten von der Friedensarbeit unserer Parteifreunde in Bukarest, Sofia und Athen.

### Die Krisis in der englischen Arbeiterbewegung.

Man wußte bereits, daß der Beschluß, sich in dem Koalitionsministerium vertreten zu lassen, von den befragten Instanzen der Arbeiterpartei keineswegs einstimmig gefaßt worden ist. Jetzt teilt der „Labour Leader“ die Abstimmungsziffern mit, und wir sehen, daß sich eine recht beträchtliche Minorität gegen die Beteiligung an der Regierung ausgesprochen hat. Ja mehr als das, in der parlamentarischen Fraktion selbst erhielt der Antrag überhaupt keine Mehrheit: er wurde mit neun gegen acht Stimmen abgelehnt. Erst in einer gemeinsamen Sitzung der Fraktion und des Parteivorstandes wurde die Aufforderung des Herrn Asquith angenommen, aber auch hier blieben von 28 Stimmen noch 11 in der Opposition. Der „Labour Leader“ hat unter diesen Umständen wohl ein Recht zu fragen, ob die Genossen Henderson, Bruce und Roberts bei einem derartigen Stimmenverhältnis nicht besser daran getan hätten, auf den Eintritt in die Regierung, der noch dazu im direkten Widerspruch mit den grundlegenden Bestimmungen der Verfassung der Arbeiterpartei steht, zu verzichten. Es wäre zum mindesten wohl angebracht gewesen, bevor man einen solchen entscheidenden Schritt tat, die Meinung der Parteidelegierten zu hören, die ohnehin, trotzdem es in England eine absolute Rede- und Pressefreiheit gibt, seit 15 Monaten nicht einberufen worden sind.

Die Unabhängige Arbeiterpartei (I. L. P.) hat sich durch den gefaßten Beschluß jedenfalls nicht zum Schweigen verurteilen lassen. Sie führt vielmehr den Kampf gegen die Regierung mit verdoppelter Eifer fort und tadelt aufs heftigste die Arbeitervertreter, die die Gefahren eines Zusammenwirkens mit den Konservern und den Liberalen nicht erkennen wollen. Sie will die Behauptung nicht gelten lassen, daß das neue Kabinett genötigt sei, auf die Macht der Arbeiterpartei, die hinter ihm stehe, Rücksicht zu nehmen, viel wahrscheinlicher sei es, daß es an dem Vorhandensein dieser Macht zweifle, nachdem sie sich durch die Identifizierung mit der Regierung politisch selbst vernichtet habe. Neben dem Herausgeber des „Labour Leader“ Fenner Brockway sprechen sich vor allem der Parteivorstand J. W. E. und Ramsay MacDonald scharf gegen die Haltung der Arbeiterpartei aus. Ramsay MacDonald bedauert vor allem, daß nun eine organisierte Opposition im Parlament fehle. Nach seiner Meinung hat die Arbeiterpartei eine neue große Gelegenheit unbenutzt vorübergehen lassen:

„Sie hätte die Möglichkeit, dem Lande nicht wie die anderen Parteien, sondern in einer wirksameren und mit ihren eigenen Grundfragen mehr im Einklang stehenden Weise zu dienen. Sie hätte sich selbst in der Öffentlichkeit hoch in Achtung bringen können, wenn sie mit Würde die Uebnahme eines Amtes abgelehnt haben würde, weil die Ehre des Verzichtes größer gewesen wäre, als die der Annahme. Sie hätte ein dringend notwendiges Vorbild in Zurückhaltung und Klugheit geben können und ihre Fähigkeit zu beweisen vermocht, für sich selbst zu denken. ... Wäre sie diesen Weg gegangen, so würde ihre Entscheidung von Tausenden begrüßt worden sein, nicht nur als ein Zeichen dafür, daß die Partei wisse, wie sie am besten der Nation dienen könne, sondern auch als ein Beweis, daß sie gegen jegliche Versuchung gefeit sei und unbegrenztes Vertrauen verdiene.“

Fenner Brockway weist im einzelnen die Gefahren nach, die den mit der bürgerlichen Regierung am selben Strang ziehenden Arbeitern drohen:

„Wir erfahren, daß man sich mit der Regierung zusammengetan hat, ohne irgend welche Sicherheiten über ihre Absichten zu erhalten. Die Partei hat keine Garantie, daß eine Regierung, die von Lord Korthelisse (dem Besitzer der „Times“ und anderer Zeitungsblätter) geschaffen ist, nicht auch Lord Korthelisses Befehl, die Wehrpflicht einzuführen, gehorchen wird. Sie hat keine Garantie, daß eine Regierung, die die Klasse der Monopolisten vertritt, irgend etwas tun wird, um die fortgelegte Ausbeutung der nationalen Krisis durch die Monopolisten zu verhindern. Sie hat keine Garantie, daß eine Regierung, die eingesetzt ist, um den Krieg erfolgreich zu Ende zu führen, unter Erfolg nicht die Verschärfung und Erniedrigung der feindlichen Nationen verstehen und so die Saat zukünftiger Kriege säen wird. Sie hat keine Garantie, daß eine Regierung, die sich aus den Führern von zwei Parteien zusammensetzt, die der Reihe nach im geheimen die Nation in den Krieg hineingetrieben haben, die Absicht hegt, die auswärtigen Angelegenheiten unter eine demokratische Kontrolle zu bringen. Sie hat keine Garantie, daß eine Regierung von Staatsmännern, die nie irgendwelche Sympathie für die arbeitende Klasse bewiesen haben, nicht einen erdrückenden Teil der Kriegskosten auf die Schultern der Arbeiter legen wird. Sie ist in die Regierung eingetreten mit geschlossenen Augen und offenem Munde, zufrieden mit dem, was Asquith und Bonar Law ihr geben würden.“

In demselben Artikel wird angekündigt, daß die Unabhängige Arbeiterpartei sich bald über ihre weitere Zugehörigkeit zu der bekanntlich in der Hauptsache durch die Gewerkschaften gestützten Arbeiterpartei schlüssig machen werde. Die Entscheidung kann kaum mehr zweifelhaft sein. Ist sie erfolgt, dann wird sich herausstellen, welche von den beiden Gruppen die größere Anziehungskraft auf die englischen Arbeiter auszuüben vermag.

### Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses

verhandelte am Donnerstag weiter über den Antrag Brütt. Es wurden die Fragen der Volksernährung beendet und insbesondere über Beschaffung der Düngemittel, Beschaffung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, statistische Aufnahmen und über den Wildschaden nach eingehender Darlegung der in Betracht kommenden Verhältnisse durch den Berichterstatter Abg. Dr. Hoersch-Kenckens verhandelt.

Der Landwirtschaftsminister erklärte zu den Fragen der Statistik, Statistiken auf Grund von Schätzungen müßten immer unzuverlässig sein. Die Schätzung der Ernte sei immer unsicher. Bisher habe man erst eine Statistik der Anbaufläche nach Getreidearten vorgenommen, wobei mit sehr verschiedener Sorgfalt verfahren worden sei. Das gewonnene Material sei unzuverlässig gewesen. Dann sei man zur Ernteschätzung auf Grund der Anbauflächen gegangen. Es seien im Kreise etwa 10 Schätzer zugezogen worden. Dies Material sei nicht ausreichend gewesen. Es sei Anweisung an die Landräte ergangen, bis zum 31. Juli eine Schätzung des Mindestertrages vorzunehmen auf Grund der Anbaufläche auch in bezug auf Kartoffeln. Es sollten Kommissionen von Sachverständigen in den Kreisen gebildet und hinzugezogen werden. Auf Anordnung des Bundesrats werde zwischen 1. und 15. Juli eine Ernteschätzungsstatistik vorgenommen werden. Das ganze so gewonnene statistische Material werde für die Regelung der Ernährung für das neue Erntejahr hoffentlich eine brauchbare Grundlage sein.

Bei Besprechung der Arbeiterfrage erwähnte er, daß die bei den Meliorationsarbeiten beschäftigten Gefangenen so weit nötig der Landwirtschaft überwiesen werden sollen und daß Meliorationsarbeiten nach Beendigung des Krieges nur so weit fortgesetzt werden würden, wie es geschehen könne, ohne daß der Landwirtschaft Arbeitskräfte entzogen würden. Wegen ausreichender Beurlaubung von Schulkindern für landwirtschaftliche Arbeiten sei die landwirtschaftliche Verwaltung bereits mit dem Kultusministerium in Verbindung getreten.

Zur Wildschadenfrage führte der Landwirtschaftsminister aus: Infolge Einberufung zahlreicher Jäger zu den Jagden seien allerdings in diesem Jahre wenigstens aus einzelnen Bezirken zahlreiche Klagen als sonst über Wildschaden zur Kenntnis der Regierung gelangt. Daraufhin seien folgende Maßnahmen getroffen: Es sei im Januar die Rotverordnung über die Abkürzung der Schonzeit für weibliches Rehwild, Hasen und Kaninchen erlassen. Am 6. Februar sei eine allgemeine Verfügung an die Regierungspräsidenten ergangen, durch die sie veranlaßt seien, die Jagdpolizeibehörden anzuweisen, von den ihnen nach den §§ 61 ff. der Jagdordnung zustehenden Befugnissen in einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Weise nachdrücklich Gebrauch zu machen. Unter dem 17. Februar seien ferner die Regierungspräsidenten ersucht, Maßnahmen zur Verhütung von Kaninchenräden zu treffen und nötigenfalls die Aufhebung der geltenden Polizeiverordnung herbeizuführen, durch welche das Betreten fremden Grundeigentums zum Kaninchenfang verboten oder beschränkt werde. Gleichzeitig seien die Regierungen angewiesen, für möglichste Verteilung der Kaninchen in den Staatsforsten zu sorgen. Endlich sei bei den Bezirksausschüssen angeregt worden, die Schonzeit für Rehböcke abzukürzen und das Ende der Schonzeit statt auf den 15. Mai schon auf den 1. Mai festzusetzen, was auch in zahlreichen Bezirken geschehen sei.

Aus der Kommission wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß die Staatsregierung eine Rotverordnung in Erwägung ziehen möge, dahingegen, daß die Besitzer von Eigenjagdbezirken zwingungsweise zum Abschluß angehalten würden.

Schließlich wurden folgende Anträge angenommen:

1. Die königliche Staatsregierung aufzufordern: I. Ueberall dort, wo eine erhebliche Schädigung der Ernte durch Wild erfolgt ist, unerbittlich von den Bestimmungen der §§ 61, 62 und 63 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 (gemäßem Gebrauch zu machen, insbesondere in den dort vorgesehene Fällen a) die Schonzeit für die schädigende Wildgattung aufzuheben, b) den Grundbesitzern und sonstigen Nutzungsberechtigten das Recht zuzusprechen, das in Frage kommende Wild (Rot-, Eich- und Damwild) auf jede erlaubte Weise zu fangen, namentlich auch mit Anwendung des Schießgewehrs zu erlegen. II. durch Rotverordnung Maßnahmen zu treffen, um Schädigungen durch wilde Kaninchen zu verhüten.

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die bei der Vermaßlung des beschlagnahmten Getreides gewonnene Mele auf die einzelnen Landesstellen nach Maßgabe der in ihnen vorhandenen Viehbestände verteilt wird, daß aber die auf die Viehhalter der einzelnen Kommunalverbände entfallende Mele von den Mähten innerhalb dieser Verbände ermaßten wird, und daß den Selbstversorgern die Mele zu belassen ist, die aus dem ihnen zustehenden Brotgetreide entfällt.

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß den kleinen landwirtschaftlichen Unternehmern, die nicht an landwirtschaftliche Organisationen angeschlossen sind, Düngemittel in angemessener Menge durch Vermittlung der Kommunalverbände zugänglich gemacht werden.

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß Kriegsgefangene zu landwirtschaftlichen Arbeiten in möglichst kleinen Gruppen und unter möglichster Erleichterung hinsichtlich der Bewachung gestellt werden, damit auf diese Weise namentlich auch den kleinen Besitzern die Möglichkeit gegeben wird, sich der Hilfe der Gefangenen zu bedienen.

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß kleinere Landwirte, Handwerker und landwirtschaftliche Facharbeiter zur Instandsetzung der Maschinen, Wagen und Geräte, welche zur Vorbereitung und Durchföhrung der Ernte dienen, beurlaubt werden und daß da, wo die Unterbringung der Gefangenen, die zur landwirtschaftlichen Arbeit Verwendung finden sollen, unüberwindliche Schwierigkeiten verursacht, Lokalföhrung zum Transport der Gefangenen von den Jägern nach naheliegenden Arbeitsstellen zeitweise eingerichtet werden.

Eine Reihe von Petitionen wurde der Regierung teilweise zur Berücksichtigung, teilweise als Material überwiesen.

### Politische Uebersicht.

#### Verammlungsverbote.

Mittwoch abend sollte der Vorsitzende unserer Reichstagsfraktion, Genosse Naase, in einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Düsseldorf über „Vergangenheit und Zukunft der Sozialdemokratie“ reden. Mittwoch mittag lief jedoch von der Polizei die Mitteilung ein, daß die Versammlung nicht stattfinden dürfe. Die Anmeldebekundigung für die Versammlung — die früher soviel als die Erlaubnisbestätigung bedeutete — befand sich schon seit einigen Tagen in den Händen des Parteisekretärs.

Eine für den 14. Juni geplante Mitgliederbesammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Bremen mit Genossen Reichstagsabgeordneten Paase als Vortragendem kann nicht stattfinden, weil sie vom Stellvertretenden Generalkommando in Altona nicht genehmigt worden ist.

### Zur Musterung des jungen Landsturms.

Für die Kriegsfreiwilligen, die sich aus den höheren Lehranstalten rekrutieren, werden jetzt verschiedentlich Vergünstigungen für ihr Fortkommen nach dem Kriege verlangt. Auch das preussische Abgeordnetenhaus soll dazu Stellung nehmen. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, fordert ein Antrag Wildermann und Genossen, der die Unterschrift von Abgeordneten des Zentrums, der Freikonserverativen und der liberalen Parteien trägt,

„daß den Schülern höherer Lehranstalten, die während des Krieges von der Unterprima abgegangen und in das Heer eingetreten sind, sowie den in gleicher Lage befindlichen Seminaristen die Erlangung des Reifezeugnisses möglichst erleichtert wird, und zu erwägen, ob das Reifezeugnis in besonderen Fällen auch ohne Prüfung von den Provinzialschulkollegien erteilt werden darf.“

Bei der Erörterung dieser Frage verdient eine besondere Beachtung ein Schreiben, das nach der „Kölnischen Zeitung“ der Kriegsminister an den Unterrichtsminister gerichtet hat. Darin heißt es, daß aus den bei Beginn des Krieges für die Schüler höherer Lehranstalten getroffenen Anordnungen zur früheren Ablegung der Reifeprüfung oder vorzeitigen Zuerkennung der Reife für eine höhere Klasse sich Härten für die zurückgebliebenen Schüler ergeben hätten. Auch sei dadurch eine große Zahl junger Leute ins Heer gekommen, die für die Anstrengungen eines Feldzuges weder körperlich noch sittlich reif sind. So richteten sich diese vielfach nur ihr Leben zugrunde, ohne dem Vaterlande damit zu nützen. Es erscheint zweckmäßiger, die Schüler erst heranreifen zu lassen und nicht durch Vergünstigungen der Schule in zu jungem Alter ins Feld ziehen zu lassen.

Das ist auch durchaus unsere Meinung und wir erwarten, daß bei der jetzt ausgeschriebenen Musterung des ganz jungen Landsturms, die mit den jugendlichen Kriegsfreiwilligen gemachten Erfahrungen genügend Berücksichtigung finden. Siebzehn- und Achtzehnjährige sind den Anforderungen und Strapazen eines Krieges häufig in keiner Hinsicht gewachsen. Die Einreihung Windertauglicher ins Kriegsheer könnte dem Lande keinerlei Nutzen bringen, wohl aber dem einzelnen jungen Mann, und damit schließlich auch dem Staat, schweren Schaden zufügen.

### Offizierversorgung.

Es braucht nicht weiter darüber geredet und geschrieben zu werden, daß das Reich die Pflicht hat, für alle Kriegsbeschädigten in der auskömmlichsten Weise zu sorgen, und gerade die Sozialdemokratie hat in dieser Beziehung durch ihre Anträge und Anregungen die wünschenswerteste Entschlossenheit bekundet.

Ein eigenes Kapitel bildet ja die Frage, wie den Berufsoffizieren durch den Staat hilfreich beigeprungen werden soll, denen der Krieg die volle Dienstfähigkeit raubt, die sich also nach einer anderen Beschäftigung werden umsehen müssen, wenn sie nicht von ihrer Pension leben wollen und können. Bei gutem Willen und nicht zu hoch geschraubten Ansprüchen wird sich wohl auch da ein Weg finden, auf dem jeder billige Anspruch befriedigt werden könnte.

Verfehlt wäre es, wenn man einer allzu fastenmäßigen Behandlung der Angelegenheit das Wort reden wollte. So läßt sich im „W. A. N. Z.“ ein Oberbürgermeister wie folgt vernehmen:

Die deutschen Offiziere gehören im Gegensatz, wie bekannt, zu ihren französischen Kameraden durch ihre Vorbildung und ihre Abkunft den ersten Gesellschaftsklassen an, und es ist daher wünschenswert, daß ihnen zunächst diese Gelegenheiten geschaffen werden, sich nach dem Kriege eine mit auskömmlichem Erwerb verbundene Tätigkeit zu schaffen, die es ihnen gestattet, im gesellschaftlichen Leben eine Stellung einzunehmen, die ihrer früheren Stellung und Bildung entspricht. Weiden Anforderungen wird genügt, wenn sie eine höhere Stellung im Kommunaldienst erlangen können.

Es wird betont, daß die Offiziere sich entsprechend vorbereiten müßten und daß das Reich Unterstüßungen zu gewähren hätte, wo die eigenen Mittel der Offiziere zur Bezahlung der Vorbereitungslosten nicht hinreichten.

Diese Forderungen sind eine Auffassung wider, die in unsere moderne Zeit, wie sie namentlich auch durch den Krieg ausgeformt worden ist und wird, nicht paßt. Keiner verkennet die Notwendigkeit, allen Kriegsbeschädigten volle Genugung zuteil werden zu lassen — sehr viele werden es aber nicht billigen, wenn versucht werden sollte, nach einem bestimmten Schema die „höheren Kommunalstellungen“ einseitig den Offizieren aufzusparen.

### Bestätigt als Schulkommissionsmitglieder.

Die Regierung hat die Wahlen der Genossen Ernst Forkert und Hugo Schaal in Solingen zu Mitgliedern der Schulkommission bestätigt.

### Unrichtige Mitteilungen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte Ende Mai über einen angeblichen Vorfall im Offiziergefangenenlager Hannov. W. A. N. berichtet. Danach sollte ein Landsturmmann, der abends nach 10 Uhr im Offiziergefangenenlager seiner Instruktion gemäß die einzelnen Schlafräume der Gefangenen revidierte, etwa zehn russische Offiziere noch auf dem Korridor getroffen haben, nach seiner Anordnung, sich sofort in ihre Räume zu begeben, von zwei russischen Offizieren gefaßt und aus dem Fenster hinaus ins Freie gestürzt worden und an inneren Verletzungen gestorben sein. Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte im Anschluß daran nach Vergeltungsmassnahmen gerufen. Das Oberkommando in den Marken teilt nun mit, daß die Nachricht nicht den Tatsachen entspricht: „Wichtig ist lediglich, daß ein Landsturmmann aus dem Fenster gestürzt ist. Dagegen ist die Ursache des Sturzes nicht aufgeklärt. Unrichtig ist, daß er die Räume des Lagers zu revidieren“ hatte oder irgendwelche Anordnungen getroffen hat; aus geschlossenen erscheint es ferner nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen, daß etwa eine Gewalttat der gefangenen Offiziere vorliegt. Unrichtig ist auch, daß der Hinabgestürzte gestorben sei; er befindet sich auf dem Wege der Wiederherstellung.“

### Bierkarten!

Der bekannte Alkoholgegner Dr. Politischer macht unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Streckung der Getreidevorräte den Vorschlag, den Bierverbrauch auf die Protration anzurechnen.

Drei Liter Bier seien, wenn man die Menge der bei ihrem Genuß erzeugten Wärmeinheiten (Kalorien) als Maßstab für den Nährwert annimmt, einem Pfund Brot gleichzusetzen. Zweifellos sei Bier nicht ein unentbehrliches Nahrungsmittel, seine Erzeugung und sein Verbrauch vermindert aber die Menge der als Nahrungsmittel sehr wichtigen Getreide. Es wäre also nicht ungerecht, den Bierverbrauch als Getreideverbrauch anzurechnen, was nach Politischer durch Einführung von Bierkarten zu drei Liter gegen Abtrennung der 1-Pfund-Brotmarken geschehen soll. Der Bier für ein Nahrungsmittel anseht, müsse dem Vorschlag zustimmen, und die anderen erst recht.

### Keine Landtagsneuwahlen in Sachsen-Weimar.

Nach der nun erfolgten Schlußtagung des Landtags plante die Regierung, im Herbst die allgemeinen Neuwahlen zum Landtag stattfinden zu lassen. Obgleich man sich früher auf eine Anfrage der Regierung innerhalb des Landtags dahin ausgeprochen hatte, einer Verlängerung der Mandatsdauer nicht zuzustimmen, wurde mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse jetzt einstimmig im Landtage ein Antrag eingebracht und angenommen, der die Regierung ermahnt, die Neuwahlen um ein Jahr hinauszuverschieben. Es soll den Wählern, die im Feld und unter den Waffen stehen, das Recht gewahrt werden, an der Zusammensetzung des nächsten Landtages teilzunehmen. Der Regierung kam, nach einer Erklärung des Staatsministers, dieser Antrag völlig überraschend, aber trotzdem werde die Regierung dem einmütigen Wunsch des Landtags Rechnung tragen.

## Bewerkschaftliches.

### Eine Attacke gegen den paritätischen Arbeitsnachweis.

Gewisse Unternehmerkreise haben ihre alten Kampfmethoden trotz des Burgfriedens nicht im mindesten geändert. Ein klassisches Beispiel hierfür ist ein längerer Artikel, den der Igl. Geheim Kommerzienrat, Inhaber der Schichauwerk in Elbing, Danzig und Billau, Präsident der Handelskammer zu Elbing, Dr. Karl H. Ziese, in der „Deutschen Wirtschafts-Zeitung“ (vom 1. Juni 1915) veröffentlicht. Der Artikel handelt „die von den Gewerkschaften angeführte Monopolisierung der Arbeitsvermittlung“. Schon diese Begriffsbildung zeigt, daß es Ziese völlig an Objektivität gebricht, die Frage des Arbeitsnachweises sachlich zu erörtern. Und so ist es nicht zu verwundern, daß der Artikel von ungerechten und falschen Deutungen gegen die Sozialdemokratie und gegen die freien Gewerkschaften förmlich überquillt:

Ziese sagt einleitend:

„Der nach dem „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Nr. 8 v. 20. Februar 1915) angeführte gesetzliche Arbeitsnachweis läuft in der Form seiner Zusammensetzung aus Vertretern der Arbeiter und Unternehmer auf Grund einer Verhältniswahl unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden auf eine Mischung von paritätischen und öffentlich bureaukratischen Arbeitsnachweisen zur Stärkung der Sozialdemokratie und zum Schaden der Arbeitgeber hinaus.“

Es scheint eine Gewohnheit des Kommerzienrats Ziese zu sein (wir verweisen auf früheren Artikel in der „Deutschen Wirtschafts-Zeitung“), schwerwiegende Behauptungen aufzustellen, für die er nicht den Schein eines Beweises zu erbringen vermag; er schreibt:

„Die Gründung paritätischer Arbeitsnachweise hat, wie die Erfahrung überall zu Gunsten gelehrt hat, für die Interessen von Handel, Industrie und Gewerbe wenig bzw. gar keinen Wert, sondern wird aus Gründen der Machtfrage ebenso wie die Einführung von Lohnziffern lediglich von der Sozialdemokratie angestrebt.“

Argumente wie diese sind billig wie Brombeeren. Ziese mag doch einmal den Nachweis versuchen, daß die „Sozialdemokratie“ den paritätischen Arbeitsnachweis zu politischen Machtzwecken mißbraucht. Das wäre gar nicht einmal möglich, weil die strenge Parität es verhindert, und deshalb muß sich der Inhaber der Schichauwerk mit allgemeinen Verdächtigungen begnügen, die in Wirklichkeit ganz unhaltbar sind.

Aber Herr Ziese verrät uns gleich darauf seines Herzens Geheimnis, indem er sein Ideal eines Arbeitsnachweises entwickelt:

„Überall wo die Arbeitsnachweise in den Händen der Arbeitgeber liegen, haben sie die besten Erfolge zu verzeichnen. Ihre Tätigkeit wird seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer lebhaft in Anspruch genommen. Ihr erzieherischer Einfluß auf die Arbeiterschaft ist von unschätzbarem Werte. Denn die arbeitsscheuen Elemente werden auf diese Weise ganz vorzüglich in Schach gehalten und können niemals die Oberhand gewinnen, ein Erfolg, der sowohl für das Staatswesen als auch für die ganze Volkswirtschaft vorbildlich ist, namentlich auch von dem hohen moralischen Gesichtspunkte aus, daß die Tugenden und Vorgänge des Arbeiters, der etwas kann, stets seine Pflicht tut und das Interesse des Arbeitgebers wahrnimmt, Berücksichtigung finden können. Wenn ein solcher Arbeitsnachweis nicht von den Arbeitgebern selbst streng beaufsichtigt wird, dann kann auch nicht im entferntesten davon die Rede sein, daß derselbe erzieherisch auf die Arbeiter wirken könne, was doch die erste Hauptsache ist. Es muß der gute, fleißige Arbeiter wissen, daß er vorgezogen und der faule, schlechte Arbeiter zurückgesetzt wird. Bei allen paritätischen Arbeitsnachweisen erhalten stets die Sozialdemokraten den größten Einfluß. Die ganze Einrichtung gestaltet sich dann erfahrungsgemäß zum Nachteil der Arbeitgeber und letzten Endes des Staates.“

Diese Sprache ist in der Tat deutlich genug. Ziese fordert Arbeitsnachweise, die ganz unter der selbstherrlichen Vormachtigkeit der Unternehmer stehen, in deren Händen sie ein unschätzbare Instrument sind, die „arbeitsscheuen Elemente“, das heißt eigentlich die Streikenden, „vorzüglich in Schach“ zu halten. Und dieser Mann (nebenbei einer der reichsten Männer Deutschlands) läßt sich berufen, den paritätischen Arbeitsnachweis zu verlästern, dessen Wert und Bedeutung von allen unparteiisch denkenden Männern der Praxis und Wissenschaft gepriesen wird!

Was Ziese sonst noch an Argumenten gegen den paritätischen Arbeitsnachweis vorbringt, steht natürlich auf derselben geistigen Höhe wie seine schon gekennzeichneten Ausführungen. In dem blinden Eifer, den gehakten Gegenstand so gründlich wie nur irgend möglich zu vernichten, verwickelt sich Dr. Ziese in die tollsten Widersprüche. Einerseits schreibt er:

„Verhängnisvoll ist der Zusammenhang der öffentlichen Arbeitsnachweise mit der städtischen Armenpflege und die Rücksichtnahme auf deren Finanzen. In dieser Hinsicht gilt als Grundgesetz städtischer Arbeitsvermittlung, daß einheimische Arbeiter den auswärtigen vorgezogen werden. Das mag vom Gesichtspunkte des städtischen Armenbudgets zu empfehlen sein, nicht aber vom Gesichtspunkte der Industrie; nicht Geburts- und Heimatort, das können und die Fähigkeiten des Arbeiters entscheiden deren Brauchbarkeit für den Arbeitgeber.“

Ein Stückchen weiter wird genau das Gegenteil der obigen Ansicht ebenso eifrig verfochten:

„Ferner ist ein großer Mangel der öffentlichen Arbeitsnachweise, daß sie in falschem Ehrgeiz und in dem Bestreben, recht viele Stellen zu vermitteln, jeder ihnen von auswärts zugehenden Bitte um Beschaffung von Arbeitermaterial entsprechen, wodurch der bereits erwähnte große Mangel entsteht, daß den Arbeitgebern am Orte ihre guten, eingesparten Arbeitskräfte fortgenommen und unter Gewährung von Geldmitteln, zu denen die Arbeitgeber noch in Form der Kommunalsteuern ihre Beiträge zahlen müssen, nach auswärts verschickt werden.“

Dr. Ziese sollte wirklich lernen, weniger einseitig zu urteilen, dagegen mehr logisch zu denken.

Zum Schluß verfehlt Ziese nicht, das Schreckgespenst des sozialdemokratischen Zukunftsstaates in den schwärzesten Farben an die Wand zu malen. „Der paritätische Arbeitsnachweis und die Versicherung fürs Nichtstun, diese Prämie für die Faulheit unter den wohlthätigsten Namen „Arbeitslosenversicherung“ verschärft, sind die Mittel zur Erreichung dieses Ziels.“ Schließlich ein Wink mit dem Zaunpfahl für die Regierung:

„Wird der weitsehende Blick und die Intelligenz der Staatsregierung ihr darüber Klarheit schaffen, daß der Industrie bei Förderung solcher Bestrebungen der Lebensnerv durchschnitten und ein Kommunismus vorbereitet wird, der auf eine Verstaatlichung der Industrie in sozialdemokratischem Sinne hinauslaufen müßte?“

Von einer Verstaatlichung der Industrie sind wir ja heute weiter entfernt denn je zuvor; das hat der „Kriegssozialismus“ klar erwiesen. Von der Staatsregierung darf aber erwartet werden, daß sie sich in ihren sozialpolitischen Maßnahmen nicht von den verderblichen Vorschlägen der Rindorf, Ziese usw. leiten läßt. Vor allem muß aber die Arbeiterklasse auf der Wacht sein, daß ihre geringen sozialen Rechte nicht gekürzt, sondern vermehrt werden — trotz der deutlich zur Schau getragenen Abneigung gewisser Unternehmerkreise!

### Berlin und Umgegend.

#### Teuerungszulagen bei den Berliner Großbanken.

Wie uns der Vorstand des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten mitteilt, hat die von fast sämtlichen Beamten der Dresdner Bank unterzeichnete Eingabe um Gewährung einer Teuerungszulage Erfolg gehabt. Es erhielten die verbeirateten Beamten 150 M., die unverbeirateten 100 M., bis zur Gehaltsgrenze von 3000 M. Die Teuerungszulage ist geringer als die von der Mehrzahl der anderen Banken gewährt. Aber die Höchstgrenze ist um 300 M. höher gesetzt. Ohne ersichtlichen Grund sind höchst bedauerlicherweise die unverbeirateten Angestellten, welche nicht als eigentliche Bankbeamte anzusprechen sind, also die Expedienten, Schreiber, Boten usw. vollständig ausgeschlossen.

Als einzige von allen Berliner Großbanken hat die Darmstädter Bank keine Teuerungszulage gewährt, obgleich die Gehälter an dieser Bank die niedrigsten sind.

### Deutsches Reich.

Der Leiter des Internationalen Buchdruckersekretariats, Peter Stautner in Stuttgart, wurde am 22. Dezember v. J. in Holzminden interniert, weil er während seiner früheren Tätigkeit in Paris die französische Staatszugehörigkeit erworben, bei seiner Rückkehr nach Deutschland aber die Wiedererwerbung der deutschen Staatszugehörigkeit verabsäumt hatte. Er galt also formell als „feindlicher Ausländer“ und wurde als solcher behandelt. Die Stuttgarter Sekretariatskommission hat sich schon früher um die Entlassung Stautners an das königliche Generalkommando in Hannover gewandt. Jedoch ohne Erfolg. Nun wurde von der Ehefrau des Internierten und der Sekretariatskommission ein erneutes Gesuch um seine Entlassung direkt an den Kaiser gerichtet. Wie der „Korrespondent“ der Buchdrucker mitteilt, ist darauf Stautner am 7. Juni aus dem Gefangenenlager in Holzminden entlassen worden.

### Bergarbeiterstreik in Niederschlesien.

Auf der Benzels-Grube im Neudorfer Steinkohlenrevier streiken seit Dienstag die Hauer und Schloffer. Die Bergarbeiter der Nacht- und Tagesarbeiten sind nicht angefahren. Verhandlungen zwischen der Grubenleitung und einem Vertreter der Bergarbeiter des Bergarbeiterverbandes unter Mitwirkung eines Bezirksamtes sind eingeleitet. Die Situation ist ernst, da stündlich neue Meldungen über das Anwachsen der Zahl der Ausständigen einlaufen.

Die Ursache dieser plötzlich und mit großer Heftigkeit ausbrechenden Streikbewegung, an der organisierte sowie wie unorganisierte Bergleute beteiligt sind, ist in der Verweigerung einer von der Belegschaft geforderten Lohnzulage zu erblicken. Daß der Streik aber ganz plötzlich ohne vorherige Verständigung der Organisationsleitung ausbrach, hat ein Ausschuss der Grubendirektion verschuldet. In diesem Ausschuss wurde angekündigt, daß in Zukunft an die Frauen ihrer im Felde stehenden Bergarbeiter nicht mehr 4 Proz., sondern nur noch 2 Proz. Unterstützung gezahlt werde. Auch sollen den Bergarbeitern, die bisher zu diesem Zweck 4 Proz. ihres Lohnes abtraten, nur noch 2 Proz. abgezogen werden. Auf diese Weise glaubte die Grubenerwaltung um die Lohnerhöhung herumzukommen. In Wirklichkeit sollte also die größere Lohnsumme auf Kosten der Unterstützung der Arbeiterfrauen aufgebracht werden, ohne daß die Grube einen Pfennig zuzulegen brauchte.

### Ausland.

#### Zu englischen Gewerkschaftskamp.

Die Zeitung der Gewerkschaft der englischen Seeleute hat es bekanntlich bei der englischen Regierung durchgesetzt, daß die in England gefangen gehaltenen Seeleute der mit England kriegführenden Mächte, soweit diese Seeleute Mitglieder ihrer gewerkschaftlichen Organisation sind, in einem von der englischen Seemannsorganisation eingerichteten Kamp untergebracht werden. Es dürfte die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften interessieren, wie die Behandlung in diesem Gewerkschaftskamp, der in Eastcote im Bezirk Northamptonshire liegt, ist. Aus zwei Briefen, die ein in Keumünster in Holstein geborener Seemann aus der Gefangenschaft nach Hause geschrieben hat, heißt es darüber: „Ich bin schon seit einiger Zeit in diesem Kamp, wo die deutschen Mitglieder des Verbandes untergebracht sind. Wir haben es verhältnismäßig sehr gut hier und erfreuen uns einer guten Behandlung. Wir haben eine gute Verpflegung und gutes Unterkommen.“

Es ist ein wunderbarer Platz hier und unser Boardingmaster (der mit der Verwaltung des Kampes beauftragte Gewerkschaftsbeamte) Mr. Wilson tut sein Bestes, um uns das Leben so schön und komfortabel wie nur irgend möglich zu machen. Wir haben sehr viel Platz, um uns auslaufen zu können. Ein jeder kann sich auf seine Art amüsieren. Der eine liebt Sport, der andere baut Schiffe und läßt sie schwimmen, wieder ein anderer macht Musik usw. Viele haben sich einen Garten angelegt, wozu sie alle möglichen Blumenamen und Gemüsesamen geliefert bekommen, sowie auch alles erforderliche Gerät. Mr. Wilson hat sogar einen Preis ausgesetzt für den besten Gärtner. Ich habe mich mit einem Genossen auf die Kunstgärtnerlei geworfen, wir hoffen Erstaunliches zu leisten. Mit einem Wort, wir haben es sehr gut hier und keine militärische Bewachung. Ich wünsche nur, daß die englischen Seeleute es soeben gut hätten in unserem lieben Vaterlande.“

# Flugblattverbreitung in Groß-Berlin am Montag, den 14. Juni, abends 7 Uhr, von den bekannten Stellen aus.

## Die Sorge um die Säuglinge.

Alljährlich hält unter den Kindern jenseits des 1. Lebensjahres die höchste Sterblichkeit. Im Jahre 1914 z. B. wurden in Berlin 37 403 Kinder lebend geboren, und es starben hier in demselben Jahre 6346 Kinder des ersten Lebensjahres. Lange ist geglaubt worden, die hohe Säuglingssterblichkeit sei so etwas wie eine Naturnotwendigkeit. Doch ein großer Teil unseres Nachwuchses nicht zur Entwicklung gelangt, sondern schon bald nach der Geburt wieder wegstirbt, galt als unabänderlich. Auch das hat man gemeint, daß es gar nicht mal zum Nutzen der menschlichen Gesellschaft sei, dem die Kinder himmehenden Schmitter Tod allzu nachdrücklich in den Arm zu fallen. Man sah in seinem Wüten eine Art natürlicher Auslese, bei der die Schwachen unterliegen und die Starken sich behaupten. Die Beobachtung lehrt, daß für die Säuglingssterblichkeit dies keineswegs uneingeschränkt zutrifft. Auch mander kräftiger Säugling geht nach plötzlicher Erkrankung rasch zugrunde, nur weil es an der richtigen Ernährung und viel leicht mehr noch an zweckmäßiger Pflege fehlt. Andererseits wird manches schwächliche Kind trotz aller Gefährdung am Leben erhalten, weil diese wirksamsten Gifte- und Heilmittel ihm geboten werden können.

Die neuere Entwicklung der Säuglingsfürsorge hat gezeigt, daß es nicht eine „Naturnotwendigkeit“ war, alljährlich so große Scharen von Kindern hinstirben zu lassen. Wohl ist die Säuglingssterblichkeit auch heute noch erschreckend hoch, aber gegenüber früheren Zuständen hat doch eine merkwürdige Wendung zum Besseren sich durchgesetzt. Im Durchschnitt der beiden Jahrzehnte 1891—1900 und 1901—1910 starben Säuglinge auf je 1000 Lebendgeborene des Königreichs Preußen 208 und 179, der Städte Berlin 230 und 183, Charlottenburg 206 und 145, Schöneberg 188 und 130, Neukölln 283 und 194, Lichtenberg 308 und 222. Doch nach wie vor noch sehr viel zu tun übrig bleibt, lehren freilich auch diese Ziffern, trotz aller augenfälligen Besserung, die aus ihnen spricht. Für die Frage nach den Hauptursachen hoher Säuglingssterblichkeit gibt einen Fingerzeig die Gegenüberstellung von Städten wie auf der einen Seite Charlottenburg und Schöneberg, in der Mitte Berlin, auf der anderen Seite Neukölln und Lichtenberg. Trotz aller Besserung ist doch daran nichts geändert worden, daß in Neukölln und Lichtenberg die Säuglingssterbeziffern sehr viel höher als in Charlottenburg und Schöneberg sind. Säuglinge starben auf je 1000 Lebendgeborene der Städte Schöneberg, Charlottenburg, Berlin, Neukölln, Lichtenberg im vorletzten Jahrzehnt 188, 206, 230, 283, 308, im letzten Jahrzehnt 139, 145, 183, 194, 222. Die Ermäßigung der Säuglingssterbeziffer betrug in Schöneberg 28 Proz., in Charlottenburg 30 Proz., in Berlin 20 Proz., in Neukölln 31 Proz., in Lichtenberg 28 Proz. Aber die Reihenfolge ist in beiden Jahrzehnten dieselbe geblieben, und in beiden Jahrzehnten war z. B. die Sterbeziffer für Lichtenberg um fast zwei Drittel höher als die für Schöneberg.

Wir brauchen wohl nicht erst zu betonen, daß wir bei dem Wort „Säuglingsfürsorge“ an das ganze Gebiet der Bestrebungen und Maßnahmen denken, die die Lebenshaltung der minder- und mittelsten Bevölkerung heben wollen. Demgegenüber bedeutet die Einrichtung der Säuglingsfürsorgestellen gewiß nur ein kleines Mittel, doch auch sie haben ihren Wert als Hilfe im Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit. Die Leistungen der Säuglingsfürsorgestellen sind nicht überall dieselben, aber meist diese: Unterstützung bedürftiger Mütter durch Gewährung von Stillprämien oder durch Lieferung von billig oder umsonst abgegebener Kindermilch, unentgeltliche Erteilung von Rat über richtige Ernährung und zweckmäßige Pflege. Wir halten für nötig, wieder einmal auf die vorhandenen Säuglingsfürsorgestellen hinzuweisen. In Berlin bestehen jetzt folgende Säuglingsfürsorgestellen, die an allen Werktagen geöffnet sind (Sprachzeit in Klammern): 1. für Stadtbezirke 1—10, 139—143, 145—166, 168—175a, 176, 177c, 182—188, 195—201; Blumenstr. 97 (2—3 Uhr); 2. für Stadtbezirke 11—14, 202—218, 220—221, 224—230, 235—236, 251—253, 254b, 255—261b, 262—274b, 279—282; Eissackstr. 27 (1½ bis 2½ Uhr); 3. für Stadtbezirke 283—304; Arminiusplatz-Markthalle, Eingang Bogenhagenstraße 7 (1½—2½ Uhr); 4. für Stadtbezirke 76a—116, 122—138, 144; Reichenberger Straße 180 (1½ bis 2½ Uhr); 5. für Stadtbezirke 275—278, 305—312, 314a—319; Kagarethstraße 46, Eingang Turiner Straße (1½—2½ Uhr); 6. für Stadtbezirke 15—75b, 117—121; Großbeerenstr. 10 (1½ bis 2½ Uhr); 7. für Stadtbezirke 189d, 192a—194c, 219, 222 bis 223, 231—234, 237—240b, 249d, 250a, b, c; Wrischer Straße 45 (1½—2½ Uhr); 8. für Stadtbezirke 240c, e, f, 250d, e, 254a, c, e, 261c, 313, 320a—326b; Eulerstr. 24 (1½—2½ Uhr); 9. für Stadtbezirke 167a—c, 175b, 177a, b, d, e, f, 178a—181k, 189a, b, c, e, f, 190a—191; Wilschstr. 10 (1½—2½ Uhr). Ferner seien von den Säuglingsfürsorgestellen der näheren Vororte genannt: für Charlottenburg: Berliner Str. 137 (Dienstags, Freitags, Sonnabends von 2—3), Wilmersdorfer Str. 111 (Montags, Mittwochs, Donnerstags von 2—3), Kirchplatz 5a (Dienstags, Donnerstags, Sonnabends von 2—3), Wehringstr. 11 (Montags, Mittwochs, Freitags von 1½—2½), Kaiserin-Augusta-Allee 102 (Montags, Mittwochs, Freitags von 2—3), Dorfweg 28 (Montags, Dienstags, Freitags von 2—3), Rollwieg-Verlaserstraße (Dienstags, Freitags von 2—3); für Schöneberg: Belgischer Str. 13 (werktäglich von 1—2); für Wilmersdorf: Wilhelmsau 23 (werktäglich von 1—4); für Neukölln: Steinmehlf. 97 (Montags, Dienstags, Donnerstags, Freitags von 2—3), Tellstr. 9 (Dienstags, Mittwochs, Sonnabends von 2—3); für Weichensee: Giersstr. 4 (Montags, Donnerstags, Sonnabends von 1—2).

Die Säuglingssterblichkeit war in diesem Jahre bisher noch nicht ungewöhnlich hoch. Für Berlin mag sich das daraus erklären, daß sie hier in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres eine beträchtliche Höhe erreichte. Auf eine Periode hoher Säuglingssterblichkeit, die in den Reihen der Säuglinge große Lücken reißt, pflegt ja in der Regel zunächst eine merkwürdige Verringerung der Säuglingssterbefälle zu folgen. Es muß abgewartet werden, was in diesem Jahre die heißen Sommermonate, die noch vor uns liegen, uns bringen werden. Was dieses Jahr nicht bringen wird, das ist vorauszu sehen und macht sich bereits in den ersten Anfängen bemerkbar. Auf reichen Kinderzogen darf man diesmal noch weniger als sonst rechnen — das ist nun mal die naturnotwendige Folge jedes Arztes, der dem Lande die im besten Lebensalter stehenden Männer auf längere Zeit entführt. Um so mehr Anlaß wird man an den für die Wohlfahrt des Volkes und Landes verantwortlichen Stellen haben, der Sorge um die Säuglinge gerade jetzt alle Aufmerksamkeit zu widmen. Fürs erste sollten auch die Gemeinden die Vermittlung ihrer Säuglingsfürsorgestellen noch erleichtern, um den Kreis der Familien zu erweitern,

denen diese Einrichtung zugute kommen soll. In der Frage, ob „Bedürftigkeit“ vorliegt, muß jede Engergigkeit vermieden werden. Bei bloßer Materialteilung sollte man danach überhaupt nicht fragen. Stillprämien und Kindermilch möge man so reichlich wie möglich geben. Auch eine Mehrung der Säuglingsfürsorgestellen ist zu wünschen.

## Aus Groß-Berlin. Heimarbeit.

Überall: auf der Stadtbahn, der Elektrischen, dem Omnibus findet man jetzt die Frauen mit ihren größeren und kleineren Bündeln. Auf den Straßen sieht man sie eiligst dahin eilen. Die einen haben den Hut auf und geben sich ein Aussehen, als wenn sie nicht — oder doch nur, um etwas zu tun zu haben; die anderen simen still vor sich hin, rechnen im Geiste; die dritten schauen mürrisch und übermäßig aus. Manche Frau hat ein fahlgrotes Aussehen und sitzt mit eingepreßtem Leibe da, als habe sie Schmerzen.

Alle diese Frauen machen Heimarbeit. Stunde um Stunde sitzen sie an der Nähmaschine bis spät hinein in die Nacht. Endlich ist die Arbeit fertig. Schnell dann zum Pflücken. Dann wieder an die Arbeit. Glücklich wird die Hausarbeit gemacht. Raun sich Zeit genommen zum Essen. Ich sah am letzten Sonntag in der Wühlheide eine Frau mit drei Kindern, einem Jungen und zwei Mädchen im Alter von fünf und sieben Jahren. Alle vier kauerten auf ihren Knien und nähten Knöpfe auf Kartons. Ich sah eine andere jüngere Frau allein, die graues Tuch und Stofflein reichte und als ich sie fragte, sagte sie mir, das würden Halsbinden. „Ach, hier ist wenigstens etwas frische Luft“, fuhr sie fort. „Und das Hierhergehen tut mir gut. Zu Hause an der Maschine habe ich immer so Unterleibs Schmerzen.“ Ich erfuhr noch, daß sie bei 12- bis 14stündiger Arbeitszeit eine Mark und zwanzig Pfennig verdiene. „Es ist ja eine Schande, daß man dafür arbeitet. Aber was will ich machen? Mein Mann ist im Krieg. Ich krieg 46 Mark im Monat, davon gehen 12 M. für die Hälfte Miete ab. Wie soll ich bei den jetzigen Preisen mit 34 Mark im Monat leben?“ Sie rief ihr Mädchen, das ein wenig abseits gelaufen war. „Aber“, sagte sie heftig hinzu, „jetzt wollen sie einem noch abziehen, was man mit der Heimarbeit verdient!“

Die Frauen, die Heimarbeit machen, gehören allen Berufs- und Ständen an. Es sind Weantrauen, Kriegerfrauen, Frauen von Arbeitern. Alle sind sie gezwungen zur Heimarbeit durch die große Lebensvertierung. Was sie verdienen ist wenig. Viele kommen in der Stunde Arbeitszeit nicht auf zehn Pfennig. Dazu Lauserei, Wartezeit, Fahrgeid.

Ich kenne eine Frau, deren Mann ist als Werkmeister von seiner Fabrik rekrutiert. Er verdient ein schönes Geld. Die Frau holt in großen Partien Zuschnitte, teilt sie an Kriegerfrauen zum Nähen aus. Diese müssen sie wieder abliefern bei ihr. Sie liefert und verdient an dieser Zwischendermittlung soviel wie die Frauen, die für sie arbeiten, zusammen. Die Heimarbeiterrinnen haben einen Wunsch: zu wissen, wo man an erster Stelle die Arbeit beziehen kann. Aber das hüllt sich für die meisten in ein undurchdringliches Dunkel. Und so müssen sie um kargsten Lohn arbeiten und oft verdienen an ihrer Arbeit noch zwei, drei und vier Zwischenstellen.

Aber das ist noch nicht das schlimmste. Es gibt wahre Vampire an den Heimarbeiterrinnen. Vor mir sah gestern eine arme, verhärrte Frau, sie klagte und weinte bitterlich: „Die ganze vorige Woche hab' ich gearbeitet und zwanzig Tornister genäht, das Stück für fünfzig Pfennig. Am Freitag hab' ich geliefert und kein Geld gekriegt. Und ich hab' meinem Mann so gern ein Paket geschickt!“

„Für wen haben Sie denn gearbeitet?“  
„Für eine Frau aus der... Straße. Am Freitag hat sie gesagt, ich bekam am Sonnabend mein Geld. Und am Sonnabend hat sie gesagt, ich soll mich doch nicht so umtun, ich werde mein Geld schon kriegen.“

„Dann müssen Sie sofort klagen. Wegen eine solche Gesellschaft muß energisch vorgegangen werden.“

„Das hab' ich ihr gestern auch gesagt. Da hat sie ganz frech gesagt, sie hätte meine Tornister nicht brauchen können, und wenn ich klagte, kriegt ich gar nichts. So aber wolle sie mir noch was zumuten lassen, wenn sie bezahlt würden.“

Einer anderen Frau ging es mit dem Nähen von Militärmänteln ebenso. Sie hat sich nach langen Laufen ihren Lohn allerdings durch Klage erstritten.

Die Heimarbeit birgt gegenwärtig alle Gefahren in sich. Die Frauen arbeiten bis tief in die Nacht hinein. Der Haushalt, das Essen und das Essen wird vernachlässigt. Viele Frauen sind unterernährt. Dazu die harte Maschinenarbeit oft bei schlechtesten Lichtverhältnissen. Die Kriegerfrauen arbeiten meist, weil sie bei den teuren Lebensmittelpreisen mit ihren Unterhaltungen unmöglich auskommen. Von dem kargen Lohn für die Heimarbeit verbessern sie aber nicht ihre Lebenshaltung, sondern sie schicken ihren Männern im Felde Pakete, die oft den ganzen Lohn verschlingen.

Es sind große Opfer, die jetzt gerade die Frauen bringen, die durch schlecht bezahlte Heimarbeit schwer ausgezehrt werden.

### „Nur an kinderlose Leute zu vermieten.“

Die „Allgemeine Haus- und Grundbesitzer-Zeitung“ wendet sich in ihrer neuesten Nummer vom 5. Juni, großend gegen den ihrer Meinung nach oberflächlichen Vorwurf, daß Hausbesitzer häufig Mangel an sozialem Empfinden offenbaren, wenn sie es ablehnen, an Familien mit Kindern zu vermieten. Nicht die Hausbesitzer seien es, welche Kinder in den von ihnen zu vermietenden Wohnungen nicht zu haben wünschen, sondern — die Mieter, deren erste Frage vielfach zu sein pflegt, ob auch keine Kinder im Hause seien. Im übrigen nehme jeder Hauswirt wohlgezogene Kinder in sein Haus auf.

Mit Verlaß, das stimmt nicht ganz. Zunächst gibt es in Groß-Berlin solche größeren Wohnhäuser, also mit mindestens zehn Mietparteien, in denen gar keine Kinder wohnen, wohl überhaupt kaum. Mieter, die in einem nur mit kinderlosen Familien besetzten größeren Hause wohnen wollen, können monatelang suchen, ehe sie ein solches Haus finden. Es kann sich also höchstens um ganz kleine Wohngebäude handeln, in denen solche Mieter ihre Wünsche

befriedigt erhalten. Auch schon deshalb steht es dem Hausbesitzer schlecht an, verallgemeinernd die Mieter vorzuschreiben, weil die Hausbesitzer im selben Atem von Materialschaden sprechen, der ihnen durch Kinder zugefügt werde. Wichtig ist, daß öfter von Mietlustigen gefragt wird, ob sich sehr viele Kinder im Hause befinden, und daß die Bedingung gestellt wird, es dürften keine Kinder unmittelbar über, neben und unter der zu vermietenden Wohnung sein. Die Tatsachen werden also arg entstellt. Will der Besitzer eines größeren Wohnhauses nur an kinderlose Leute vermieten, so muß er schon sehr kapitalträchtig sein, um seine Hypothekenzinsen zahlen zu können. Es hat genug Hausbesitzer gegeben, die den Versuch machten, zehn bis zwanzig Wohnungen nur an kinderlose Familien vermieten zu wollen, aber sie sind bald davon zurückgekommen, als sie an ihrem Geldbeutel merkten, daß es doch nicht so leicht ist, eine Gemeinschaft nur kinderloser Leute zusammenzubringen. Und Streit gäbe es auch in solchem Hause in Hülle und Fülle. Anders steht es mit kinderreichen Familien. Es gibt noch heute in Groß-Berlin eine große Anzahl von Hausbesitzern, die an kinderreiche Familien grundsätzlich nicht vermieten und erklären: „Ehe wir das tun, lassen wir unsere Wohnungen lieber leer stehen.“ Eine solche grundsätzliche Ablehnung ist Unsinn. Ein einziges schlechtergezogenes Kind kann im Hause mehr Madar und Kerger machen, als zehn guterzogene. Wie wollen denn aber die Hausbesitzer, die nach der Behauptung ihres Organs alle mit Vergnügen „wohlerzogene“ Kinder in ihr Haus aufnehmen, prüfen, ob die Kinder wohlerzogen sind? Etwa nach dem Stande der Eltern?

Das wäre verkehrt. Im übrigen wird bei dem großen Wohnungsangebot mancher Hausbesitzer genötigt sein, auch kinderreiche Familien aufzunehmen, wenn er seine Wohnung lange Zeit unvermietet sehen muß.

### Ein energischer Straßenhändler.

„Wenn Herr Rudolf Wosse nicht selber kommt, denn lehne ich die Verhandlung ab. Mit diesem Herrn habe ich nicht zu tun.“ Der hat draußen zu mir gesagt, ich soll die Schlinge halten. Ich habe aber keine Schlinge, ich habe bloß 'n Mund.“ Mit diesen Worten leitete ein Zeitungshändler, der die Firma Rudolf Wosse beim Gewerkeverband verklagt hatte, die Verhandlung ein. Der Herr, mit dem er nicht zu tun haben wollte, war der Vertreter der Firma Wosse und der hatte, wie er selbst zugab, die mehr als unparlamentarische Bemerkung im Wartezimmer bei einer privaten Auseinandersetzung mit dem sehr schwerhörigen und ebenso schwer unangenehmen Kläger gebraucht. — Der Kläger hat in Vankow den Straßenverkauf des „Berliner Tageblatt“ und der „Berliner Volkszeitung“ betrieben. Am Himmelfahrtstage konnte er in der Vankower Filiale von Rudolf Wosse keine Zeitungen bekommen, weil sie schon vor seinem Erscheinen vergriffen waren. Er beansprucht deshalb 6 M. Schadenersatz für entgangenen Verdienst, denn er war von der Firma als Straßenhändler angestellt und hält deshalb die Firma für verpflichtet, ihm die erforderliche Anzahl von Zeitungsexemplaren zur Verfügung zu stellen. Der Vertreter der Firma entgegnete darauf, es sei Sache der Händler, sich die benötigten Exemplare zu besorgen. Wenn sie der Kläger in Vankow nicht bekommen konnte, hätte er sie von der Zentrale holen sollen. Uebrigens sei der Kläger nur der Reklamant wegen eingekauft worden, weil er die polizeiliche Erlaubnis hat, ein Schild mit der Aufschrift „Berliner Tageblatt“ zu tragen. Auf Herausgabe dieses Schildes und einer Ledertasche erhob der Vertreter der Firma Rudolf Wosse Widerklage. — „Der söm' Sie kriegen“, rief der Kläger dem Vertreter Wosses zu und hielt ihm Schild und Tasche vor, „aber erst mein Geld.“

Das Gericht verurteilte die Beklagte, ihrem Anerkenntnis gemäß 3 M. an den Kläger zu zahlen. Dieser wurde verurteilt, Tasche und Reklamenschild herauszugeben.

Der schätzerhörige Kläger verhandelt falsch. „Bat“ — rief er entsetzt — „eine Mark soll ich bloß kriegen? Ne, meine Herren, nicht zu machen. Ich klag weiter, ich lehe nach Wosbit.“ Damit ging er polternd und räumend hinaus. Um ein Zusammentreffen mit dem sehr übel gelaunten Kläger und unliebbaren Auftritte im Gerichtsgebäude zu verhindern, wies der Wote dem Vertreter der Firma Wosse den Weg über die Hintertreppe.

### Sie werden nicht alle.

Eine „wahrsagende“ Zigeunerin wurde wieder einmal festgenommen. Ihr letztes Opfer war ein hiesiger Bäckermeister. Der glaubte zwar nicht an den Zauber — wie er jetzt sagt — und will sich nur einen Scherz gemacht haben, der ihn aber 200 M. kostete. In seinen Laden kam ein Zigeunerweib, um Geld wechseln zu lassen. Während der Meister dem Wünsche nachkam, ergriff die Zigeunerin seine Hand und erbot sich, ihm aus deren Linien „wahrsagen“. Der Meister wollte erst nichts davon wissen. Die Zigeunerin ließ aber nicht locker und endlich ging er auf den „Scherz“ ein. Auf Geheiß des Weibes brachte er alles Geld, das er im Geschäft hatte, nach dem Privatstimmer neben dem Laden. Es war hartes Geld in einem Beutel und Papiergeld in einem Portemonnaie, alles zusammen über 700 M. Dann mußte der Meister Salz holen. Auch das besorgte er. Die Zigeunerin nahm nun das Salz und freute es unter Herlagen von Sprüchen und unter allerhand Zeichen auf das Geld und wies den Meister an, jetzt alles drei Stunden lang unberührt liegen zu lassen, bis sie wieder komme. So geschah es denn auch. Vorab erhielt die Zigeunerin drei Mark für ihre Bemühungen. Nach drei Stunden nahm der Meister das Geld aus der Kassetten und stellte mit seiner Frau, die es früher genau gezählt hatte, fest, daß 200 M. fehlten. So war der „Scherz“ allerdings etwas teuer geworden. Gestern begegnete der Meister der Zigeunerin auf der Straße und ließ sie festnehmen. Die Kriminalpolizei erkannte in ihr eine Altwine Weib und brachte sie nach Wosbit. Die Verhaftete leugnete nicht, sagte aber, wenn und wo sie auf diese Weise wahrsagend habe, wisse sie selbst nicht. Das ist schon leicht möglich, denn sie trieb diesen Schwindel gewerdmäßig und fand ohne Zweifel so viele Opfer, daß sie sich des einzelnen gar nicht mehr erinnern kann. Der Wahrtageschwindel und das Treiben der Kartenlegerinnen steht gerade in der Kriegszeit auch bei uns stark in Blüte.

### Sturz aus dem vierten Stockwerk.

Ein bedauerlicher schwerer Unglücksfall hat sich am Mittwochabend in Wilmersdorf ereignet. Die Ehefrau des in der Berliner Straße 30 wohnenden Arbeiters Scharnhorst mußte für kurze Zeit ihre dreijährige Tochter allein in der Küche lassen, um in der Küche eine eilige Besorgung zu erledigen. In der Abwesenheit der Mutter kletterte das Kind auf einen neben dem geöffneten Fenster stehenden Stuhl und sah auf den Hof hinaus. Dabei bog sich die Kleine zu weit hinaus und stürzte kopfüber in die Tiefe. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde das bedauerlicherweise Mädchen in hoffnungslosem Zustande nach dem Schöneberger Krankenhaus geschafft.

**Die verlängerte Hebramannstraße**, eine Verbindung zwischen Wilhelm- und Friedrichstraße, welche jetzt vom Baugewerk befreit ist, macht einen recht stattlichen Eindruck, da die Gesamtfassade vornehm und einheitlich in der Architektur gehalten ist, und durch runde, hohe große Schaufenster wird der industrielle Eindruck dieser für zahlreiche kaufmännische Bureaus bestimmten Straße nur noch verstärkt. Es sind bereits viele Bureaus und Kontore zu annehmbaren Preisen vermietet worden. Das Bollgeverbeamt des Kriegsministeriums hat allein 30 Bureaus dort gemietet.

**Ein unverfälschter Schwindler**, der 40-jährige „Schriftsteller“ Theophil Bremer, der schon seit 25 Jahren ausschließlich von Schwindeln lebt, wurde wieder von der Kriminalpolizei verhaftet. Er hatte in letzter Zeit wieder einen alten Schwindel aufgenommen, wonach er junge Leute als Schiffsjungen oder Reiseführer suchte. In der Uniform eines Kapitäns schloß er mit ihnen einen Vertrag ab und nahm ihnen als Bürgschaft der pünktlichen Gesteigerung einen Betrag von 30 bis 40 M. ab. Ueber 180 Bewerber hatten sich gemeldet. Auf irgend eine Weise suchte er sich dann ihrer zu entledigen. Auch als Journalist von W. L. W. war er in seiner Uniform tätig und sorgte in Lokalen Gaste und Kellner an. Dienstag wurde er von einem Gast erkannt, der ihn verhaften ließ.

**Eine Wasserverschmutzung** machte sich gestern in den westlichen Vororten bemerkbar, die ihr Wasser von den Charlottenburger Wasserwerken beziehen. Bei der großen Hitze war das Fehlen des Wassers eine besondere Kalamität. Als das Wasser nachmittags in der Wasserleitung wieder floss, wurde es nach und nach trübe und zeigte eine gelbliche Färbung. Diese unangenehm empfundene Störung soll auf Maschinendefekte in den Wasserwerken Beckinghof am Wannsee beruhen, deren Maschinen jetzt während der großen Hitze sehr in Anspruch genommen werden.

**Einer lebenden Feuerzähle** gleich flüchtete am gestrigen Donnerstag morgen gegen 7 Uhr eine Frau aus der Autogarage Kassauer Straße 40 in Wilmsdorf auf die Straße hinaus, wo sie jammernd zu Boden fiel. Passanten und Bewohner der nächsten Häuser warfen nasse Decken und Lächer auf die Unglückliche, so daß die Flammen erloschen. Die inzwischen herbeigeholte Schöneberger Feuerwehr brachte die Verbendenswerte nach dem Krankenhaus in Lichterfelde, wo an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Die Verunglückte ist die in der Hauptstraße 26 in Schöneberg wohnende Ehefrau des Chauffeurs Erdmann. Sie hatte sich nach der erwähnten Garage begeben, um dort Benzin abzufüllen und muß hierbei in unvorsichtiger Weise mit dem feuergefährlichen Element umgegangen sein.

**Die Berliner Feuerwehr** wurde in der Mittwochnacht um 12 1/2 Uhr nach der Seefstraße 101 gerufen, wo sich eine Person mit Gas vergiftet hatte. Es gelang der Wiederbelebungsbemühen.

Mehrere Personen, die in einem Fahrschliff in der Drakestr. 3 eingeklemmt waren, wurden von der Wehr in Sicherheit gebracht. Vor dem Hause Turmstraße 22 brannte ein Straßenbahnwagen und in der Emdener Straße 34 eine Kiste mit Schinken.

In Schöneberg, Nietenstraße 5, versuchte nachts um 1 Uhr ein Tobläufiger aus dem Fenster des dritten Stockes auf die Straße zu springen. Die Feuerwehr brachte den Mann nach der Maison de santé in der Hauptstraße 17/18. Wohnungsbrände wurden aus der Schreinerstraße 55, Pantstraße 76, Forster Straße und anderen Stellen gemeldet.

Aus der Mark werden zahlreiche Wald- und Grasbrände, besonders in der Nähe von Uffenhahndämmen, gemeldet, die besonders durch Mangel an Keschpersonal gefährlich werden. Schnelle Hilfe und größte Vorsicht sind dringend zu empfehlen.

Ein sehr gefährlicher größerer Brand kam am Donnerstagnachmittag in der Gerichstr. 2, Ecke Grenzstraße, angeblich durch Ueberlocken in einer galvanischen Metall-Papierfabrik zum Ausbruch. Als die ersten Löschzüge an der Brandstelle anlangen, standen dort Oel, Spiritus und Petroleum in Flammen. Mächtig schlugen die Flammen aus den Fenstern heraus. Erst nach tüchtiger Arbeit und kräftigen Löschen mit mehreren Schlauchleitungen war die Macht des entfesselten Elementes gebrochen.

**Zum Fall Nicht.** Der Rechtsvertreter des verurteilten Pfarrers, Rechtsanwalt Dr. v. Bresse, hat davon Abstand genommen Verurteilung gegen das Urteil einzulegen, weil eine nochmalige Verhandlung vor dem Reichsgericht kaum Aussichten darbietet, eine Abänderung der Urteilsbegründung herbeizuführen. Die gesetzlich zulässige Frist, innerhalb der eine Verurteilung eingelegt werden darf, ist mit dem gestrigen Tage verstrichen, so daß dieselbe bei dem Reichsgericht nicht mehr erfolgen kann.

**Oskar Straus**, dessen Operette „Sens im Grünen“ augenblicklich mit großem Beifall im Wintergarten aufgeführt wird, wird am 12., 13. und 14. Juni sein Werk persönlich dirigieren.

**Der „Arbeiter-Turnverein Panow“** turnt ab Dienstag, den 8. Juni 1915, in der Sporthalle der VII. Gemeindegemeinde in der Kaiser-Friedrich-Straße. Turnstunden für Frauen-, Männer- und Lehrlingsabteilung Dienstags und Freitags von 8-10 Uhr. Gäste willkommen.

## Aus den Gemeinden.

### Kartoffelpreise in Wilmsdorf.

In Wilmsdorf kosten die Kartoffeln im Privathandel noch vielfach 65-75 Pf. Infolge der jetzt überall herabgesetzten Kartoffelpreise ist nun der dortige Magistrat von den Verbrauchern ersucht worden, Abhilfe zu schaffen. Hierauf soll nun der Magistrat nach einer Mitteilung der „Wilm. Ztg.“ bemerkt haben, daß er auf diese Preisforderungen nur im Wege einer allgemeinen Höchstpreisfestsetzung für den ganzen Ort einwirken könne. Nach seiner Ansicht liegt dazu keine Veranlassung vor, da überall die Kartoffelpreise zurückgegangen sind. Der Magistrat erklärt weiter, daß er durch die Anschaffung größerer Vorräte und Einrichtung einer eigenen Verkaufsstelle in der Berliner Straße 40 preisregulierend wirken wolle. Die Kartoffeln werden in dieser Verkaufsstelle und in sämtlichen durch Plakate kenntlich gemachten Privatgeschäften zum Preise von 60 Pf. für 10 Pfd. verkauft.

Wir möchten zu dieser Darstellung bemerken, daß nach unserer Auffassung der dortige Magistrat sich nicht allzu große Mühe gegeben hat, die hohen Kartoffelpreise herabzubringen. Verkauft er doch selbst die Kartoffeln (10 Pfund 60 Pf.) zu einem Preise, wie ihn heute wohl keine Groß-Berliner Gemeinde mehr erbeut. Schon seit ca. 14 Tagen sind in diesen Gemeinden die Kartoffelpreise von 65-60 Pf. auf 50-40 Pf. herabgegangen. Das der Magistrat erstlich die Abfuhr, die hohen Kartoffelpreise entgegenzutreten, so braucht er nur die Preise seiner eigenen Kartoffeln herabzusetzen und diese dann, falls die Händler nicht mitmachen wollen, in eigenen Verkaufsstellen vertreiben.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Friedrichsfelde. Freitagabend 6 Uhr im Realgymnasium.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Gerichtszeitung.

### Winderwertige Kaffeetabletten und Kakawwürfel.

Eine Kostprobe von den Getränken, die unsere Feldgrauen in den Schützengräben zu sich zu nehmen gezwungen sind, wurde gestern in dem Sitzungssaal der V. Straßammer des Landgerichts I zubereitet, welche unter Vorbehalt des Landgerichtsdirektors Wille eine umfangreiche Anklage wegen wissenschaftlicher Nahrungsmittelverfälschung

zu verhandeln hatte. Angeklagt waren der Apotheker und Chemiker Dr. Josef Laboschin und die Apotheker Walter Tradelius und Heinrich Pommer. Wegen des letzteren wurde in Abwesenheit verhandelt. — Der Angeklagte Dr. Laboschin, welcher früher eine Apotheke in der Friedrichstraße befehlen hatte, ist Inhaber einer Fabrik chemisch-pharmazeutischer Präparate in dem Hause der „Handelsgesellschaft deutscher Apotheker“ in der Levetowstraße. Nach Kriegsbeginn wandte er sich unter anderem der Herstellung von Kaffeetabletten und Kakawwürfeln zu. Da aber keine Abnehmer, die Apotheken, nicht damit einverstanden waren, daß er dieselben Artikel auch an andere Geschäfte liefere, wurde für diese Artikel eine besondere Abteilung unter der Bezeichnung „Tutti-Gusti-Compagnie“ eingerichtet. Eine Probe dieser Kaffee- und Kakawtabletten, die von der Polizei in einem bekannten Delikatessengeschäft entnommen worden war, wurde von dem Direktor des Untersuchungsamts, Regierungsrat Prof. Dr. Judenack, untersucht. Es ergab sich, daß die als „Tutti-Gusti-Kaffee“ bezeichneten Tabletten zu einem Viertel aus Kaffeezusatz bestanden, ebenfalls enthielten die Kakawtabletten einen Zusatz von Weizenstärke. — Das Schöffengericht kam zu einer Freisprechung der Angeklagten. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Berufung ein. Vor der Strafkammer wurde vor allen Dingen erst einmal eine Kostprobe vorgenommen. Nach den Geschichtsbüchern der Beteiligten zu urteilen, schien diese Kaffee- und Kostprobe nicht sehr gut ausgefallen zu sein. Der Sachverständige, Professor Judenack, machte unter anderem ganz interessante Angaben darüber, was das Publikum für diese „Kriegsprodukte“ bezahlen müsse. Unter Jagrundelegung eines Preises von 2 M. für das Pfund Kaffee, stelle sich der Kaffee in Tablettenform, mit einem Viertel Zusatz dabei, auf 12 Mark das Pfund. Das Publikum müsse unter Kaffeetabletten eben nur komprimierten gemahlten Kaffee verstehen, andernfalls wäre es ja auch erlaubt, demjenigen, der ein Pfund Kaffee kauft, ein Viertelpfund Zusatz darunter zu mengen. — Die Angeklagten machten demgegenüber geltend, daß dann jeder Gastwirt, der, wie es üblich sei, Kaffee mit Zusatz verkaufe, unter Anklage gestellt werden müßte. — Das Gericht kam nach längerer Verhandlung zu der Verurteilung der Angeklagten, und zwar lautete das Urteil gegen Dr. Laboschin auf 300 Mark Geldstrafe und gegen Tradelius und Pommer auf je 100 Mark Geldstrafe.

## Aus aller Welt.

### Lieber verkaufen lassen.

Der Aderbürger Wilhelm Böhler aus Burgdorf antwortete einem Kunden, als dieser am 1. Oktober v. J. von ihm für zu je 4 M. gefaufte sechs Zentner Kartoffeln im Laufe des Monats Oktober geliefert verlangte: „Lieber verkaufen lassen, als für 4 Mark pro Zentner verkaufen!“ Die Straßammer Hannover, vor der er sich deswegen zu verantworten hatte, betrachtete diese Aeußerung, dem Antrag des Vertreters der Staatsanwaltschaft entsprechend, als strafverjährbar und verurteilte ihn wegen Uebertretung der Höchstpreise — diese waren damals auf 4 M. pro Zentner festgesetzt — zu 75 M. Geldstrafe, ersatzweise 15 Tagen Gefängnis.

### Auch eine Ansicht.

In einer Vorstandssitzung der Kölner Dänenmehrerinnung beschäftigte man sich mit den Ursachen der Fleischsteuer. Der Obermeister Horn behauptete laut dem „Kölner Lokal-Anzeiger“ unter anderem:

„Weiter ist zu berücksichtigen, daß die gute Lage des Arbeitsmarktes und die Steigerung der Arbeitslöhne bei weiten Kreisen der arbeitenden Bevölkerung die Ansprüche auf eine bessere Ernährung gesteigert und die Vermehrung der Fleisch-lost zur Folge gehabt haben, so daß auch hier entsprechend der größeren Nachfrage eine Erhöhung der Preise bewirkt wurde.“

Man muß sich bei diesen Worten unwillkürlich fragen, wo dieser Mann eigentlich lebt. In den unteren Volksschichten ist der Fleischgenuß infolge der ungeheuer gestiegenen Preise ganz rapid gesunken. Wer bei der gegenwärtigen Lage noch eine Meinung wie der Obermeister Horn verzapfen kann, hat keinen Anspruch darauf, ernst genommen zu werden.

### Sie bleiben die Alten.

Zum Genuße von Pilzen, Beeren und Gemüsen fordern jetzt offizielle und inoffizielle Ratgeber auf, um die Ernährung des Volkes auch für weitere Monate sicher zu stellen. Welche Erleichterung manche ländliche Großgrundbesitzer dabei gewähren, das zeigt die folgende Bekanntmachung in Nr. 61 des „Guhrauer Anzeigers“ von voriger Woche:

#### Bekanntmachung.

Das Sammeln von Pilzen und Beeren, überhaupt das Betreten der Wälder der Rittergüter Ober- Eßgut, Zuppendorf und Kallendorfschen ist strengstens verboten. Ober-Eßgut, 27. Mai 1915. Die Forst-Verwaltung.

Erfahrungsgemäß verderben Immengen von Pilzen und Beeren in den Wäldern, wenn man das Suchen und Sammeln nicht freiläßt. Man muß auf diese Weise dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen, daß man die Armen, die Angehörigen von Kriegern, vielleicht aus den Wäldern verjagt?

### Epidemien in Rußland.

Der „Basler Nationalzeitung“ vom 6. Juni geht über Stockholm die Nachricht zu, daß in den asiatischen und inner-russischen Gouvernements, besonders aber in Astrachan, eine furchtbare Choleraepidemie wüten soll. Trotz der strengsten Maßnahmen nimmt die Epidemie immer größeren Umfang an. Im europäischen Rußland ist der Flecktyphus in zahlreichen Fällen aufgetreten. In Petersburg hat man schon eine ganze Anzahl Fälle festgestellt. Außerdem sollen dort über 5000 Menschen von einer pockenartigen Krankheit ergriffen worden sein.

### Ein englischer Dampfer gesunken.

Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus sank der britische Dampfer „Zweena“ (1470 Tonnen) in der Madurafstraße. Fünf Mann der Besatzung und elf Passagiere ertranken. Die übrigen wurden durch einen niederländischen Dampfer gerettet.

### Dringende Mahnung zur Vorsicht.

Die acht Jahre alte Tochter des Gastwirts Albus in Wierlingen hatte unreife Johannis- und Stachelbeeren gegessen und daraufhin Wasser getrunken. Bald stellte sich Erbrechen ein, das Kind wurde bewusstlos und ist an Skoll und Brechruhr gestorben. — Dieser Fall sollte eine erneute strenge Mahnung an alle Eltern sein, ihre Kinder vom Essen unreifer Beeren abzuhalten und ihnen besonders das Wassertrinken auf solchen Genuß zu verbieten.

### Parteiveranstaltungen.

Neukölln. Jugendaktion. Sonntag Wanderung nach Bielenhals-Ronnensteich-Oberwald. Abfahrt Sonnabendabend 7.45 vom Eiteliner Bahnhof. Sonntag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Alex. Piotrowski, Bahnhofstr. 6, der Jahlabend statt.

**Arbeiter-Zamariterbund.** Lehrstunden haben nächste Woche: Kolonne Berlin, Abt. 3 und 6: Freitag, den 18. Juni, Schöneberg, Vorbergstr. 11 (Wände). 5. Abt.: 18. Juni Neukölln, Weichselstr. 8 (Adealspassage), abends 8 1/2 Uhr.

Kolonne Rosenhald-Reinickendorf. Hauptstr. 52 bei Anders, Montag, den 14., und Donnerstag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr.

**Allgemeine Kranten- und Sterbekasse der Metallarbeiter (S. a. G.) Hamburg.** Illiale Baumhülsenweg. Fest in Treppeln wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 12. Juni, abends von 8 1/2-10 Uhr, im Lokal von Wolfram, Eisenstraße, Ecke Riefhofstraße, festiert wird.

**Allgemeine Familienherbekasse.** Sonntag, den 13. Juni: Zahl- und Aufnahmeitag von 3-6 Uhr im Restaurant Gerichstraße 12/13; am Sonnabend, den 19. Juni, in Wildau (Wildauer Hof) von 4-5 1/2 Uhr.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende 3. IV. Hof rechts, pastore, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Poststempel und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenmitgliedschaft beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Gütliche Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

**N. 6. 10.** Sie sind trotzdem für die Rente bis zum Ablauf des Vertrages haften. — **N. R. 23. 7.** Stellen Sie einen Antrag auf Nichtzulassung bei der zuständigen Straßammer. — **C. 37.** Wenn Sie einmengen werden können, wissen wir nicht. — **G. B. 54. 1. Ja.** Von der Polizeibehörde. 2. Heiratsurkunde und Unterstützungsbescheinigung 3. 4. und 5. kein. **Edwin 101.** Ja. Anstands wird aber an Privatpersonen nicht erteilt, sondern nur an Behörden. — **M. H. 41.** Der Abzug der kommunalen Unterstützung erweist uns in Ihrem Fall ungeredet; es müßte unter Darlegung Ihrer Verhältnisse Besondere beim Magistrat eingeleitet werden. — **M. S. 36.** Eine Nachmutterung kommt jetzt häufig vor. — **Räumungsfälle.** Die Ehefrau haftet für den Vertrag nicht, weil sie ihn nicht mitunterschieden hat. Ihre Sachen können ihr insoweit auch nicht einbehalten werden. — **W. 2. 64.** Das ist ein Märchen für große Kinder. — **Erna 5.** Kupfer 200-170 M. Weising 145-160 M. pro 100 Kilogramm je nach Qualität. — **Margarete 31.** Wenden Sie sich an Firmen der Branche. (Eise Adreßbuch, Bd. II, Teil IV, S. 208, unter Imprägnierungsanstalten). — **S. D. 34.** Fragen Sie beim Verband der Schneider, Gehaltensstr. 37, an. — **G. B. 1000.** Wenn nichts anderes vereinbart ist, können Sie den Betrag zum angegebenen Zeitpunkt kündigen. — **G. J. 100.** Landsturm ohne Waffe; Armierungssoldat. Wenn Sie eingezogen werden können, wissen wir nicht. — **Wartgrafenstraße 2000.** Eine Einziehung ist nicht wahrscheinlich. — **P. P. 777. 1.** Zurückschicken wegen Herzkrantheit. 2. Fragen Sie in einem Fahrradgeschäft an. — **P. T. 66. 1.** und 2. kein. 3. Reichen Sie ein Gutachten ein und legen Sie ein ärztliches Attest bei. 4. kein. — **Mark 32. 1.** und 2. kein. 3. und 4. Ja. — **M. S. 9.** Die Unterhaltsgelder können Sie als zum Militär Eingezogener nicht zahlen; für den Unterhaltspflichten wird Unterstützung gezahlt. — **C. P. 74. 1.** Ueberzahl von Riegern; Formfehler an den Samen. 2. Ja. — **M. R. 23.** Sie haben keinen Anspruch auf Bodenhilfe. — **G. W. 1000.** Eine Nachuntersuchung ist nicht völlig ausgeschlossen, aber doch sehr unwahrscheinlich.

## Eingegangene Druckschriften.

Heft II der „Neuen Zeit“ vom 11. Juni 1915 hat folgenden Inhalt: A. Kausch: Die Sozialdemokratie im Weltkrieg. — R. Kjaasov: Die ausländische Politik der alten Internationale und ihre Stellungnahme zum Krieg. — G. Loh: Die finanzielle Kriegserhaltung Frankreichs. — Gustav Koch: Zur Würdigung der Arbeiterverfassung. — Cuno-Kausch: Zum Schluss der Diskussion. — Literarische Rundschau: Edmund Thery: La transformation economique de la Russie. — W. Köhler: Abstammungslehre. Systematik. Paläontologie. Biographie. Notizen.

Das „Wahren Jacob“ ist schon die 12. Nummer des 32. Jahrganges erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. W. Dieck Kauf, G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Postposten zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist uns schon die Nr. 19 des 25. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Die italienische Sozialdemokratie und der Krieg. Von Angelina Balabanoff. — Ausländische Urteile über die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz zu Bern. — Die Arbeiterinnen der Glasindustrie und der Krieg. Von R. G. — Aus der Bewegung: Von den Organisationen. — Eine minderrechtliche Auslegung des Reichsvereinsgesetzes aufgehoben. — Politische Rundschau. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Ueber den Stand des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Von sk. — Notizen: Für den Frieden. — Dienstbotenfrage. — Soziale Belehrung.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Vor Bezelle. Gedicht von Heinrich v. Heber. — Die Frau im alten Rom. — Die neue Frau. — Heulikon: Wieviel Erde braucht der Mensch? Erzählung von Leo Tolstoi.

Für unsere Kinder: Morgenlied. Von Konrad Ferdinand Wener. (Gedicht). — Vogelleben in der Stadt. — Die Wälsche. Von Ernst Leon Thompon. (Fortsetzung). — Ruch und Kranich. Von Wolfgang Goethe. (Gedicht). — Das Sternbild. Märchen von Karl Erwald. Der gekleihte Hansel. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mark.

**Handbuch für Heer und Flotte.** Lieferung 76-78. Enzyklopädie der Kriegswissenschaften und verwandter Gebiete. Herausgegeben von G. v. Alten, Generalleutnant a. D. Jede Lieferung 2 M. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co. Berlin W 57.

**Die drei Ausgangspunkte von Recht und Gerechtigkeit** und die grundsätzliche Art des Rechtsaufbaues. Von Rechtsanwalt Dr. Jahn. 64 S. Selbstverlag in Auerbach i. V.

**Volk, mein Volk...** Gedichte der Kriegszeit von K. Fehold. Broch. 1,50 M. E. Dieckhoff, Jena.

**Wissenschaft, seine Entwicklung und Bedeutung.** Ein Rückblick von Dr. W. Schramm. 1,50 M., gebunden 2,50 M. K. Curtius, Berlin W 35.

**Der Weltkrieg und das Schicksal des jüdischen Volkes.** Von B. Segel. 1,50 M. G. Stille, Berlin NW 7.

**Amlicher Marktbericht** der sämtlichen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Donnerstag, den 10. Juni 1915. Fleisch: Rindfleisch, per 50 kg, Tafelfleisch 100-110, da. IIa 90-100, da. IIIa 80-90; Bullenfleisch 100-110, da. IIa 87-99; Rühel, fett 83-88, da. mager 73-85, da. dänische 85-95; Zwerler 80-100, Zwerler, dänische, 00-00; Bullen, dänische, 88-95; Kalbfleisch, Doppelpender 165-185; Kalbfleisch 128-142, da. IIa 118-128; Rühel ger. 75-100, da. IIa 78-100, da. Ila 00-00. Hammelfleisch: Kalbfleisch 125-130; Hammel 115-124, da. IIa 108-114; Schaf 102-115; da. Ila 00-00. Schweinefleisch, Schmelze, fetter 00-00, sonstige 135-155, da. Lauen 00-00, da. Schweine 120-130, da. Schwedische 120-130, da. dänische 120-135. Gemüse, inländisches: Kartoffeln, Daberger 50 kg 0,00; weiße Austerföronen 0,00; Magnum bonum 0,00; Wollmann 0,00; Porree, Schod 0,70-1,20; Sellerie, Schod 3,00-8,00; Spinat 50 kg 10,00-20,00; Wehrwürden, 50 kg 7,00-10,00; Meerrettich, Schod 4,00-10,00; Peterfilienswurzel, Schodband 4,00-6,00; Radieschen, Schodband 1,00-1,50; Gurken, Gorgalter, 100 Stk. 0,00. Khabatber, Hamburger, 100 Bund 2,75 bis 3,25, da. Heiger 100 Bund 1,00-2,50, da. Bierländer, 100 Bund 1,00-1,20. Tomaten, Gorgalter, 1/2 kg 0,90. Spargel, Beeliger 1 1/2 kg 0,30-0,40, da. Beeliger II 1/2 kg 0,20-0,25, da. Beeliger III 1/2 kg 0,05-0,15, da. unsortiert 1/2 kg 0,20-0,35, da. Wärflicher I 1/2 kg 0,20-0,30, da. II 1/2 kg 0,15-0,25, da. III 1/2 kg 0,05-0,12. Salat, Schod 0,75-1,50. Rettiche, bayerische, 100 Stück 8,00-12,00. Rohrabl, Schod 1,20-1,75. Obst und Gemüse: Kirchen, Heiger, 1/2 kg 0,30-0,45. Äpfel, Amerikaner, Rüte 25-30. Stachelbeeren, unreife, 50 kg 17-20. Erdbeeren 1/2 kg 0,50-0,60, da. Ila 20-24, da. Wähler 1/2 kg 0,40-0,45, da. Weiger 0,50. Zitronen: Weßina 300 Stück 20-25, da. 360 Stück 22-26, da. 150 Stück 12-14, da. 50 kg 12-15. Apfelsinen: Russia 200 Stück 17,00-20,00, da. 300 Stück 18-20, Spanische, 420 Stück 30,00-35,00, da. 714 Stück 28,00-46,00, da. 1064 Stk. 40,00-43,00, da. 420 Stück large 40,00-45,00.

**Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag.** Langsam ostwärts fortschreitende Abkühlung. Am Westen vielwolbig und an den meisten Orten Regenfälle. Im Osten anfangs meist heiter, dann Trübung und schließlich Gewitter.